Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 343 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 16. Juli

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Der Abtransport der in England befindlichen Kriegsgefangenen wird am 18. Juli beginnen.

* Die Stettiner Arbeiter sind in den Generalstreik getreten.

* In Hamburg fand eine Besprechung Eberts und Noskes über die Sicherstellung der Lebensmittelschiffe statt.

* Die Räumung der an Polen abzutretenden Gebiete wird frühestens Ende August oder Anfang September erfolgen.

* Heute morgen ereignete sich in Hohenschönhausen eine große Explosion.

* Die Nationalversammlung berät über die Abschaffung der Todesstrafe.

Der Landarbeiterstreik

Stettin, 15. Juli.

Wie aus Greifswald gemeldet wird, fanden in den letzten Tagen in Vorpommern zwischen dem Landbund und dem Landarbeiterverband Tarifverhandlungen statt, die zwar abgebrochen, in den nächsten Tagen aber wieder aufgenommen werden sollen. Die vom Landarbeiterverband geführten Lohnforderungen waren vorläufig bewilligt worden und wurden bereits seit dem 1. Juli bezahlt. Trotzdem ist am Sonnabend auf etwa 20 bis 30 Gütern des Kreises Franzburg der Streik ausgebrochen. Mehrfach ist vorgekommen, daß von seiten der Streikenden Terror ausgeübt wurde. Die Arbeitswilligen wurden bedroht, ein Gutsbesitzer wurde vom Pferde geworfen und mißhandelt usw. In den Landkreisen Greifswald und Rügen sind keine Arbeitseinstellungen erfolgt, immerhin sind die Arbeiter unruhig. Im Kreise Grimmen streiken auf einem Gute die Schnitter.

Von anderer Seite wird gemeldet, daß die Verhandlungen über einen Tarifvertrag bereits vor dem Abschluß standen, als diese abgebrochen wurden. Die Arbeiter fordern etwa 350 Mk. im Jahre mehr als die Arbeitgeber gewähren wollen. Letztere hätten dann alle Verhandlungen aufgehoben. Trotz Mahnungen des Bezirksarbeitervats, sich ruhig zu verhalten und weiter zu arbeiten, traten die Landarbeiter des Kreises Franzburg in den Ausstand. Auch im Kreise Rügen, wo bereits seit längerer Zeit ein Tarifvertrag in Geltung ist, der aber im Herbst gekündigt werden soll, sind die Arbeiter unruhig. Im übrigen hat sich auf Rügen schon seit mehreren Monaten ein steigender Einfluß der Unabhängigen gezeigt.

Die Bewegung scheint sich vorläufig auf Vorpommern zu beschränken, wenigstens sind bisher keinerlei Nachrichten über Streiks aus anderen Teilen der Provinz Pommern eingelaufen. In Hinterpommern herrscht allerdings auch eine gewisse Unzufriedenheit wegen der Nichterreichung des Zehnstundentages. Der Vorstand des Vereins der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter richtete an seine Mitglieder die Mahnung, wegen dieser einen Stunde am Tage doch jetzt nicht in der Entsetzt die Arbeit ruhen lassen, sondern wenigstens zu warten, bis am 1. April diese Streitfrage neu geregelt wird.

Die Bergarbeitermänner der Stettiner Gewerkschaften haben heute abend nach längeren Beratungen, angeblich gegen ganz wenige Stimmen, beschlossen, morgen früh 8 Uhr in einen Generalstreik einzutreten, um den Kommandierenden General zu zwingen, den Belagerungszustand wieder aufzuheben und auch das Streikverbot gegen die Landarbeiter zu beseitigen. In einer später abgehaltenen Versammlung der Magistratsarbeiter wurde von diesem Beschluße Mitteilung gemacht und die Versammlung aufgefordert, dem Beschlusse geschlossen nachzukommen. Es ist leicht möglich, daß der Generalstreik, wenn er auch auf die lebenswichtigen Betriebe wie Wasserwerke usw. ausgedehnt werden sollte, zu einem Gegenstreik der Bürger führen wird.

Stettin, 16. Juli.

Dem Beschluß, heute morgen als Protest gegen den verhängten Belagerungszustand und gegen das Streikverbot in den Ausstand zu treten, schlossen sich sowohl die Mehrheitssozialisten als auch die Radikalen an. Es läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, welchen Umfang der Streik angenommen hat. Die Setzer in den Zeitungen erklären, sich dem Beschluß nicht fügen zu wollen, wenn sie nicht durch Gewalt dazu gezwungen werden. Der Betrieb der Straßenbahnen und der Gaswerke ruht bereits. Auch in der Ueberlandzentrale in Züllchow ist die Arbeit niedergelegt worden. In Stettin wurde der Generalstreik proklamiert. Auch die lebenswichtigen Betriebe, z. B. das Gaswerk und andere stehen still. Zur Landarbeiterbewegung liegen noch keine weiteren Nachrichten vor. Doch wird allgemein behauptet, daß der Streik hauptsächlich von Elementen angeführt wird, die erst seit kurzem in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Auf dem Lande werden Flugblätter vom Spartakusbunde verteilt, in denen der Spartakusbund sich an die Bauern wendet. Es heißt dort u. a. mit gutgespielter Heuchelei:

Spartakus will, daß Dir die Augen aufgehen, Bauer, ehe sie Dir übermoden. Er kommt zu Dir, um Dir zu geben, nicht um zu nehmen, weil Du ein Mann der Arbeit, ein Schaffender, ein von den Reichen ausgeplünderter bist, weil Du mit den Arbeitern zusammenstehen mußt, die Deine Brüder sind, und nicht mit den Reichen, die Deine Feinde sind. Spartakus zeigt Dir den Weg. Dir selbst zu helfen.

Die Arbeiterschaft in Stralsund fordert die Absetzung des Regierungspräsidenten, die Suspendierung aller schuldigen Landräte, die zur Rechenschaft gezogen werden sollen, die Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Zurückziehung allen fremden Militärs.

Das Gewerkschaftskartell, der Wahlverein der S. P. D. und die Parteivereine der U. S. P. D. rufen zum Generalstreik auf, bis folgende Forderungen erfüllt sind:

1. Aufhebung des Belagerungszustandes in Pommern.
2. Entlassung aller während des Belagerungszustandes inhaftierten Gefangenen und Niederschlagung aller daraus resultierenden Strafverfolgungen.
3. Abberufung des Generals von Oven.
4. Anerkennung der Arbeiterräte, ohne deren Zustimmung keine militärischen Maßnahmen gegen die Zivilverwaltung getroffen werden können.

In einer Vorstandssitzung der vereinigten sozialdemokratischen Parteivereine Stettin, Randow und Greifenhagen wurde die Entrüstung über die Anordnungen des Generalkommandos ausgesprochen und beschlossen, eine Kommission zum Reichswehrminister zu senden, die eine sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes fordern soll.

Stralsund, 15. Juli.

Wegen der Verhängung des Belagerungszustandes wurde heute mittag allgemein die Arbeit eingestellt. Straßenbahn, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke liegen still.

Landarbeiterstreik und Regierung

Der Abgeordnete Dr. Mittelmann (D. Vpt.) brachte in der Nationalversammlung folgenden Antrag ein:

„In verschiedenen Gegenden, namentlich aber in der Provinz Pommern, ist eine große Bewegung unter den Landarbeitern im Gange, die durch gewissenlose Hetzer dazu gebracht werden sollen, während der Erntezeit in den Ausstand zu treten. Das Gelingen eines Erntestreiks würde eine schwere Gefährdung des gesamten Volkes bedeuten. Welche Maßnahmen hat die Regierung getroffen, um den drohenden Erntestreik zu vereiteln und die Einbringung der Ernte und damit die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen?"

Erlöschen des ostpreußischen Landarbeiterstreiks

Berlin, 15. Juli.

Aus Mohrungen in Ostpreußen erfahren wir: Der Streik ist erloschen; er hat etwa acht Tage gedauert und erstreckte sich auf etwa 70 Ortschaften. Die Forderungen waren in den verschiedenen Ortschaften ganz verschiedener Natur. Z. B. wurde in einzelnen der Streik damit motiviert, daß zuviel Aufsichtsbeamte vorhanden seien. Es wurde eine Teuerungszulage gefordert, während der Ernteperiode. Ueber diese Forderung wird zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in Königsberg noch verhandelt. Es ist in einzelnen Fällen auch zu Ausschreitungen gekommen, indem diejenigen, die sich dem Streik nicht anschließen wollten, verprügelt worden sind. In einzelne Gutshöfe wurde eingedrungen und Vorräte dabei entwendet.

Minister Braun über den Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft

Der preußische Landwirtschaftsminister Braun hat dem Reichskabinett eine längere Denkschrift über die Lage der deutschen Landwirtschaft überreicht und, wie das „Berliner Tageblatt" hört, zur Hebung der stark gesunkenen Produktion folgende Forderungen gestellt:

Die Stickstoff-, Kali- und Phosphorindustrien sind bezüglich der Belieferung der Kohlen und sonstigen Betriebsstoffe vor allen anderen Industriezweigen zu bevorzugen. Die Einfuhr von Rohphosphat ist mit allen Mitteln anzustreben. Die gebundene Wirtschaft ist bezüglich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf das Notwendigste, d. h. Brot und Fleisch zu beschränken.

Der Aufbau der Schweinehaltung muß sofort in Angriff genommen werden. Um dies zu ermöglichen, ist es notwendig, die Gerste ebenso zu behandeln wie den Hafer, d. h. es ist nur der Bedarf der öffentlichen Hand in geeigneter Weise sicherzustellen, der Rest freizulassen. Dasselbe Verfahren muß auch bezüglich der Kartoffel, sobald die Ernte sich abschätzen läßt, in ernste Erwägung gezogen werden. Ohne schleunigen Wiederaufbau der Schweinehaltung ist der Zusammenbruch der Fleischversorgung und damit der gesamten Volksernährung zu befürchten.

Für die übrigen landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere Zuckerrüben, Oelfrüchte usw., muß der Abbau der Zwangswirtschaft auch ernstlich ins Auge gefaßt werden. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft allein kann im Verkehr mit landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln, insbesondere mit Schuhen und Kleidern für die landwirtschaftlichen Arbeiter, zu befriedigenden Verhältnissen führen.

Die in Betracht kommenden Kriegsgesellschaften sind daher so schnell wie möglich aufzulösen. Das gilt insbesondere für die Reichsfuttermittelstelle, die Reichsstelle für Oel und Fette, die Kriegsledergesellschaft u. a. m.

„Ich würde", so schließt der Minister seine Denkschrift, „die Verantwortung für den Verlauf der landwirtschaftlichen Erzeugung in den unmittelbar bevorstehenden, überaus kritischen Jahren nicht übernehmen können, wenn nicht bald in der angegebenen Richtung Wandel geschaffen wird. Erwägungen politischer Art führen zu demselben Ergebnis."

Nachdem während des Krieges die pflanzliche Erzeugung auf 6 Prozent und die tierische auf 40 Prozent der früheren Höhe zurückgegangen ist, berechnet der Minister in der Denkschrift, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Valuta zur Deckung dieses Ausfalles sowie der schon früher notwendigen Nahrungs- und Düngermitteleinfuhr im ganzen 47 Milliarden Mark jährlich ausgegeben werden müßten, um den Zustand der Ernährung zu erreichen, der vor dem Kriege bestanden hat. Da es ganz unmöglich ist, diese Summe aufzubringen, macht der Minister die vorstehenden Vorschläge zum Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft.

Landwirtschaft und Betriebsräte

Die Betriebsratsvorlage wird in den nächsten Tagen der Nationalversammlung vorgelegt. Bekanntlich soll nun tatsächlich auch der Landarbeiter in dieser Vorlage mit dem Industriearbeiter völlig über einen Kamm geschoren werden, und zwar ist diese ungerechte Behandlung, die kaum im Interesse der Landarbeiter selbst liegen dürfte, dem Drängen der Führer der Landarbeiter-Organisationen zu danken, die anscheinend Wert darauf legten, auch in die Landwirtschaft das wenig schöne Verhältnis der Kampforganisation hineinzutragen, wie es zum Schaden unseres Wirtschaftslebens bereits so lange in der Industrie bestanden hat. Soviel bekannt ist, sollen tatsächlich auch die landwirtschaftlichen Betriebe mit über 20 Arbeitern gezwungen werden, Betriebsräte einzusetzen, und zwar sollen wahlberechtigt für die Betriebsräte alle über 18 Jahre alten Personen sein. Das passive Wahlrecht soll bereits den 20jährigen zustehen. Die einzige Einschränkung ist, daß der Wahlberechtigte drei Jahre lang dem Berufe angehört und ein halbes Jahr lang in dem Betriebe ist, in dem er gewählt wird. Eine weitere Bestimmung, die die Ungerechtigkeit über die Betriebsratsvorlage scharf beleuchtet, ist die, daß der Arbeitgeber auf Grund des vorschriftsmäßig abgeschlossenen Vertrages den Arbeitnehmer nur dann kündigen darf, wenn der Betriebsrat keinen Einspruch dagegen erhebt und wenn im Falle solchen Einspruchs das zuständige Schiedsgericht sich auf Seite des Arbeitgebers gestellt hat. Dagegen darf der Arbeitnehmer ohne jede Hemmung kündigen und kann seinen Dienst aufgeben, ohne daß er daran gehindert wird.

Endlich sollen auch Betriebe, die unter 20 und über 5 Arbeiter beschäftigen, aus ihren Arbeitern einen besonderen Obmann wählen, der mit dem Arbeitgeber zu verhandeln hat. Es kann danach also vorkommen, daß in einem Betriebe, in dem vier achtzehnjährige Arbeiter beschäftigt werden, der alte Bauer in Zukunft mit dem fünften Zwanzigjährigen als Obmann zu verhandeln hat. Diese Bestimmung wird ja von der Industrie bereits drückend genug empfunden. Für die Landwirtschaft ist sie natürlich doppelt unbequem, und es ist daher nur verständlich, wenn die Vertreter der Landwirtschaft gegen das ganze Gesetz als solches den schärfsten Einspruch erheben, besonders gerade jetzt, in einer Zeit, wo die wilden Streiks unsere Ernte bedrohen, und wo jede unnötige Erregung der Landbevölkerung diese Bedrohung noch verschärfen muß. Bedauerlicherweise hat aber das Landwirtschaftsministerium, oder wenigstens seine Hauptleitung, nur sehr wenig Verständnis für diese Gefahr, die der gesamten Volksernährung droht. Der Herr Landwirtschaftsminister Braun hat sich zwar, ohne daß im Etat eine solche Stelle vorgesehen war, einen besonderen Referenten für alle derartigen Fragen in Gestalt seines Parteifreundes Dr. Grimm ins Landwirtschaftsministerium hineingeholt, und dieser Herr entscheidet nun, durch keinerlei Sachkenntnis gestört, über die Köpfe der einzelnen Ressorts hinweg in den Arbeiterfragen. Seine Hauptaufgabe scheint er aber nach allem, was uns über seine Tätigkeit bekannt wird, darin zu sehen, nicht nur die Arbeiter in den Staatsbetrieben über ihre Arbeiten aufzuklären und bei allen Forderungen zu unterstützen, sondern auch darin, daß er die freien Landarbeiter aufklärt, d. h. dazu aufputscht, in die Kampforganisation gegen die Arbeitgeber einzutreten. Eine immerhin merkwürdige Auffassung von der Stellung eines unparteiischen Beamten, die aber der neuen Zeit entsprechend ist, um so entsprechender, als Herr Dr. Grimm in seinem Parteifreunde und obersten Vorgesetzten im Ministerium nach jeder Beziehung hin ein glänzendes Beispiel findet. Im „Münsterischen Anzeiger" fand sich nämlich vor einigen Tagen die Mitteilung, daß in das dortige Handelsregister eine neugegründete sozialdemokratische Zeitungsgesellschaft eingetragen ist, als deren Geschäftsführer Landwirtschaftsminister Otto Braun genannt wird. Ein tüchtiger Geschäftsführer einer Zeitung hat, wenn er wirklich etwas leisten will, vollauf Arbeit. Da Herr Braun in erster Linie sozialdemokratischer Parteimann ist, so ist anzunehmen, daß er seine Tätigkeit als Zeitungsmann derjenigen des Landwirtschaftsministers voranstellt, und man kann hieran erkennen, wieviel Zeit für ihn als Landwirtschaftsminister übrig bleibt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907162-19/fragment/page=0001

Umschwung in der Kaiserfrage

Der König von Sachsen für den Kaiser

(Von unserem hl-Sonderberichterstatter.)

Dresden, 15. Juli.

König Friedrich August von Sachsen richtete aus Sybillenort, wo er noch immer weilt, ein Telegramm an den König von England, das folgendermaßen lautet:

„Ew. Majestät werden verstehen, daß ich und die Prinzen meines Hauses als deutsche Fürsten und Offiziere ebenso wie sie, in der Zeit des Glückes treu zu Kaiser und Reich gehalten haben, auch in dieser Zeit schwerer Prüfung an der Seite ihres Kaisers und Bundesgenossen zu stehen wünschen. Wir erwarten von den christlichen Gefühlen Ew. Majestät, daß Ew. Majestät den Einfluß dahin geltend machen, daß auf der Auslieferung des deutschen Kaisers nicht weiter bestanden wird."

Ein Schreiben des Königs von England

Basel, 15. Juli.

Die „Pressefinformation" meldet aus London: In der Angelegenheit des Kaisers hat der englische König, wie jetzt bestätigt wird, ein Schreiben an Lloyd George gesandt. Außerdem haben sich mehrere Lords und ein Verwandter des Königs, der auch mit der deutschen Kaiserfamilie verwandt ist, an anderer Stelle verwandt, um die Alliierten zu veranlassen, auf die Ausführung des betreffenden Abschnitts des Versailler Vertrages zu verzichten. Innerhalb der englischen Kirchenkreise nimmt die Abneigung gegen ein Gerichtsverfahren sehr stark zu. Doch ist es augenblicklich der Regierung unmöglich, eine offizielle Erklärung abzugeben. Sicher ist nur, daß die Weiterbehandlung der Frage einstweilen ausgesetzt wird.

Eine Bitte des Deutschen Frauenbundes

Der Deutsche Frauenbund, E. V., 1909 (Vorsitzende Frau Jenny v. Devwitz), sandte an die Königin der Niederlande folgendes Telegramm:

Majestät! Die Rachsucht unserer Feinde verlangt unter anderen schmählichen Friedensbedingungen die Auslieferung und Bestrafung unseres Kaisers für Taten, die er als anerkannter Friedensfürst nie begangen hat. Durch eigene Schuld wehrlos gemacht, hat sich die zeitige Regierung zu ihrer ewigen Schmach zu diesem Zugeständnis verstehen müssen, um dem von politischen Abenteurern verführten deutschen Volk wenigstens Brot zur augenblicklichen Stillung des Hungers geben zu können. Brot wurde also gegen den schändesten Verrat eingetauscht, den je die Welt gesehen hat. Und doch glauben wir deutschen Frauen an die moralische Wiedergesundung unseres Volkes und bitten Euer Majestät und deren Hohe Regierung herzlichst, die äußerste Schmach von unserem armen, augenblicklich zusammengebrochenen Volke dadurch abzuwenden, daß Euer Majestät unserem teueren, angestammten Landesherrn weitere Gastfreundschaft gewähre, und ihn dadurch der Rache eines übermütigen Feindes zu entziehen. Selbst deutschen Blutes, werden Euer Majestät unsere flehentliche Bitte zu würdigen wissen und sich mit ihrer Erfüllung den unauslöschlichen Dank des besten Teiles unseres Volkes und den der nationalgesinnten deutschen Frauen für ewige Zeiten sichern.

Kundgebung des Preußenbundes

Der Preußenbund erläßt folgende Erklärung:

Ihre Majestät die Kaiserin hat an Königin Wilhelmine die Bitte um ihre Vermittlung beim Könige von England und der britischen Regierung gerichtet, die Auslieferung des Kaisers zu verhindern. Es steht nicht ohne weiteres zu erwarten, daß Ihre Majestät die Königin der Niederlande dieser Bitte unserer Kaiserin nachkommen wird, denn sie würde mit der Weitergabe eines solchen Gnadengesuches eine Schuld des deutschen Kaisers anerkennen.

Bei aller Ehrfurcht vor der Stimme des geweinigten Herzens unserer Kaiserin, drängt es uns deshalb, in alter Entschiedenheit nochmals zu betonen, daß kein Recht auf Gottes Erdboden den Feinden gestattet, den deutschen Kaiser vor ihren parteiischen Richterstuhl zu stellen.

Wir fühlen uns umso mehr gedrängt, dies zum Ausdrucke zu bringen, als wir Verwahrung einlegen müßten gegen jede aus einer heuchlerischen Begnadigung unseres keinem irdischen Richter verantwortlichen Kaisers gezogene Schlußfolgerung auf die gleichfalls von den Feinden angeschuldigten Feldherren und U-Boot-Führer. Die einzige Schuld dieser vier Jahre lang siegreichen Helden hat darin bestanden, daß sie pflichtgemäß den Feinden schweren Abbruch getan haben. Wenn wirklich an unsere derzeitige Regierung die Anforderung der Auslieferung gestellt wird, so soll die Hand verdorren, sagen wir, die zu diesem entehrendsten Verrate der gesamten Weltgeschichte sich bereit findet.

*

Versailles 15. Juli.

Der interalliierte Ausschuß für die Verantwortlichkeiten beschäftigte sich vormittags mit der Frage der Verfolgung des deutschen Kaisers wegen dessen, wie „Temps" betont, noch kein Schritt bei der holländischen Regierung unternommen worden ist.

Amsterdam, 14. Juli.

Wie aus Amerongen gemeldet wird, ist der ehemalige deutsche Kaiser krank. Auch die Kaiserin ist unpäßlich. Dr. Forster wurde Montag spät abends aufs Schloß gerufen und blieb die Nacht über dort.

Deutsche Arbeiter für Frankreich

Zwei neue Noten der deutschen Regierung.

Unser Berliner Mitarbeiter erfährt an zuständiger Stelle:

Aus dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen in Versailles geht hervor, daß die Regierungen der Alliierten auf der vollen und genauen Durchführung des Friedensvertrages bestehen, obwohl von deutscher Seite immer wieder darauf hingewiesen wird, daß sich das in etlichen Punkten gar nicht ermöglichen lassen werde. Bei den letzten Besprechungen ist von französischer Seite besonders die Forderung auf Stellung deutscher Arbeiter für den Wiederaufbau in Frankreich betont worden. Von französischer Seite ist dabei ein Heer von etwa 500000 Arbeitern in Vorschlag gebracht worden, für deren Unterbringung durch den Bau von Baracken gesorgt werden soll. Auf den Einweis des deutschen Unterhändlers, wie außerordentliche Schwierigkeiten es der deutschen Regierung bereiten würde, Arbeitskräfte für den Wiederaufbau Frankreichs zu erhalten, erwiderte der französische Vertreter: Diese Schwierigkeiten seien seiner Regierung bekannt; es müsse aber der deutschen Regierung empfohlen werden, das Volk mit allen Mitteln zur Arbeit anzuhalten, da sonst eine Durchführung des Friedensvertrages nicht möglich sei; Frankreich könne auf die Gestellung von Arbeitern nicht verzichten und müsse nötigenfalls fordern, daß Zwang angewandt werde, um die erforderlichen Arbeitskräfte zu verschaffen.

Desgleichen wurde bei den Verhandlungen von seiten der Alliierten betont, daß man auf strikter Durchführung der Kohlenlieferungen bestehe. Von deutscher Seite wurde angeregt, alsbald in Verhandlungen über die Artikel des Friedensvertrages, welche die Lieferung von Kohlen betreffen, einzutreten, indem darauf hingewiesen wurde, daß die volle Durchführung der geforderten Lieferungen zur Lahmlegung des deutschen Wirtschaftslebens führen müsse. Es wurde angeregt, einen Ausgleich durch Festsetzung ermäßigter Lieferungsraten zu schaffen.

Die deutsche Regierung hat ferner den Alliierten zwei Noten überreichen lassen. In der einen wird um die Einsetzung einer Kommission für die Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages in bezug auf Eupen und Malmedy und betreffs der Uebernahme der Bergwerke im Saarrevier ersucht; in der zweiten wird mitgeteilt, daß der bisherige Regierungspräsident v. Starck zum Reichskommissar für die besetzten Gebiete im Westen ernannt worden ist.

Die von mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, daß polnische Truppen schon am 24. Juli in Thorn einmarschieren würden, ist unzutreffend. Der Einmarsch polnischer Truppen kann selbstverständlich nicht vor der Ratifizierung des Friedensvertrages seitens der Alliierten erfolgen, denn erst mit der erfolgten Ratifizierung ist der Frieden rechtlich vorhanden und erst dann kann die Ausführung der Friedensbedingungen in die Wege geleitet werden.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen

In der nächsten Woche werden aus Frankreich große Gefangenentransporte erwartet. Die für Nordwestdeutschland bestimmten Züge werden über Düsseldorf geleitet. Vom Sammellager aus gehen sie über Haspe. Von dort soll die Entlassung der Kriegsgefangenen in die Heimat erfolgen.

Die Londoner „Daily News" melden, daß der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus England am 18. Juli beginnen wird. In den nächsten 14 Tagen werden 52 000 deutsche Gefangene über Holland heimgeschickt.

*

Admiral von Reutter

Von zuständiger Seite erfahren wir: Admiral von Reutter befindet sich seit dem 30. Juni mit seinem Adjutanten in Donington-Hall. Seine Ankunft gestaltete sich zu einer glänzenden Ovation sämtlicher Lagerbewohner. Er wurde mit brausendem Hurra empfangen. Später fand eine Ehrenparade statt.

Ferien im Preußenparlament

Berlin, 15. Juli.

Der Aeltestenrat der preußischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die Ferien am 19. Juli beginnen und bis zum 15. September dauern sollen. Der Präsident soll allerdings ermächtigt werden, nötigenfalls das Haus schon vor dem 15. September einzuberufen, besonders mit Rücksicht auf die polnischen Fragen. Vor den Ferien wird noch unter allen Umständen eine dringliche Anfrage wegen des Landarbeiterstreiks erledigt werden.

*

Ministerbesprechung in Hamburg

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Hamburg, 15. Juli.

Bei der Anwesenheit Reichspräsidenten Eberts und Reichswehrministers Noske am Montag nachmittag in Hamburg, die streng geheim gehalten worden war, handelte es sich um Besprechungen über die zukünftige Regelung der Einwohner- bzw. Volkswehr und um Sicherstellung des Hamburger Freihafens und der Lebensmittelschiffe. Die beiden Minister wurden von dem Landwirtschaftsminister Braun begleitet. Die Besprechungen hatten, wie unser Korrespondent erfährt, ein vollkommen befriedigendes Ergebnis, das einen besseren Schutz gewährleistet, als die bisherigen Einrichtungen. Die Herren besichtigten auch die zurzeit in Hamburg und Altona stehenden bayerischen und sächsischen Reichswehrtruppen.

*

Der „faule" Frieden

Versailles, 15. Juli.

Nach „Humanité" versendet die Liga für Menschenrechte einen Entschließungsentwurf, in dem sie fragt, ob der Friedensvertrag mit den Rechtsgrundsätzen, die sie stets vertreten habe, und die die Entente sich verpflichtet hätte zu achten, übereinstimme. Die Liga verkenne nicht, daß der Vertrag manches für das Recht getan habe, aber sie verwahrt sich gegen die Art und Weise, wie der Vertrag vorbereitet wurde und gegen die ungenügende Bürgschaft, die den Völkern gegeben werde, um sich gegen neue Ungerechtigkeiten zu schützen.

Amsterdam, 15. Juli.

Wie „Daily News" meldet, hielt Sir Douglas Haig in Aberdeen eine Rede, in der er erklärte, jeder heranwachsende junge Engländer müsse im Gebrauch des Gewehrs unterwiesen werden, damit, wenn „die nächste große Probe komme, wie sie eines Tages sicher kommen werde", England eine Nation in Waffen sei, bereit und vorbereitet, um sich dieser Probe gewachsen zu zeigen."

Handgreiflicher chinesischer Protest

Amsterdam, 15. Juli.

Die „Times" meldet aus New-York: Der chinesische Präsident erklärte einer Abordnung chinesischer Patrioten, daß China den Friedensvertrag unterzeichnen müsse. Hierauf versuchten verschiedene Mitglieder der Abordnung, die sich aus Kaufleuten, Lehrern und Studenten zusammensetzte, als Protest gegen die Zuweisung Schantungs an Japan in Gegenwart des Präsidenten der chinesischen Republik Selbstmord zu begehen. Bevor die Palastwachen es verhindern konnten, gelang es drei Mitgliedern der Abordnung, sich schwere Verwundungen beizubringen.

Gegen Wissells Planwirtschaft

Die Gegendenkschrift Robert Schmidts.

Die Ernennung des Reichsernährungsministers Robert Schmidt zum Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts ist jetzt amtlich bestätigt. In dem Kampf um die „Planwirtschaft" ist der bisherige Reichswirtschaftsminister Wissell unterlegen. Sein Nachfolger hat an diesem Kampfe in vorderster Reihe teilgenommen. Die von Konrad Haensch redigierte „Glocke" ist in der Lage, in ihrer neuesten Nummer (Nr. 16 vom 19. Juli) ausführliche Auszüge aus einer Gegenschrift mitzuteilen, die in Beantwortung der Wissellschen Denkschrift Robert Schmidt vor längerer Zeit dem Kabinett überreicht hatte.

Die Schmidtsche Gegenschrift weist Wissells Kritik an den Leistungen der Koalitionskabinette zurück. Die bisherigen Gesetzgebungsleistungen des Reichswirtschaftsamts, insbesondere die Regelung der Kohlen- und Kaliwirtschaft, habe die Arbeiterschaft weder befriedigt noch beruhigt. „Und in der Tat", heißt es weiter, „wenn die Sozialisierung auf weiter nichts hinausgeht, als eine Organisation zu schaffen, in der die Preisregelung auf eine andere Grundlage gestellt wird als gegenwärtig, so ist vom Standpunkt des Sozialismus gegen diese Sozialisierung sehr viel einzuwenden. Es muß dabei hervorgehoben werden, daß das Kaligesetz eigentlich nicht der Initiative des Reichswirtschaftsministeriums entsprungen ist, sondern erst nach einer sehr temperamentvollen Vorstellung an das Kabinett gelangte, die ein bürgerlicher Minister im Kabinett erhob. Das hervorzuheben erscheint wichtig im Hinblick auf die Behauptung der Wissellschen Denkschrift, daß in einem Koalitionskabinett in der Durchführung weitsichtiger politischer Pläne sehr viele Hemmungen vorhanden sind. Der Standpunkt soll nicht angefochten werden, aber bisher hat sich ergeben, daß in sehr vielen Fragen mit den bürgerlichen Vertretern wohl eine Verständigung möglich war. Natürlich kann das Kabinett in dieser Zusammensetzung eine rein sozialistische Politik nicht betreiben."

Robert Schmidt hält dann Wissell entgegen, daß er das Zentralproblem der deutschen Wirtschaft an einer ganz falschen Stelle suche. Er lege den Hauptnachdruck stets auf die Einfuhr von Rohstoffen für das Ingangbringen der Industrie, aber Kohlenindustrie, Eisenindustrie, Kleineisenindustrie, Kalibergbau, Holzgewerbe, Ziegelei, Zementfabrikation und vor allem die Landwirtschaft könnten noch unbegrenzt viele Arbeitskräfte aufnehmen und brauchten nicht auf ausländische Rohstoffe zu warten. Auch wäre der Absatz im Inlande und auf dem Weltmarkt gesichert. Das einzige Zentralproblem unserer Wirtschaft sei der Arbeitswille, die Arbeitslust und die Arbeitsenergie. Es bestehe allgemein eine gewisse Abneigung gegen intensive Arbeit. Es fehle nicht an Aufträgen für die Industrie; was bisher nicht gelungen sei, sei eine neue Verschiebung der Arbeitskräfte, wie die im Krieg erfolgte. Die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten würden nicht entfernt ausgenutzt. Robert Schmidt erhebt deshalb schärfsten Widerspruch gegen die von Wissell geforderten fünf Milliarden Subvention für die Industrie. Die breiten Massen würden urteilen, daß nach den übermäßigen Gewinnen der Industrie und der Kriegszeit ihr jetzt das Reichswirtschaftsamt weitere fünf Milliarden in den Rachen werfe, damit sie an ihren Profiten keinen Schaden leide.

Robert Schmidts Gegenschrift nimmt dann positiv Stellung zum Sozialisierungsproblem. Sozialisierung sei die Ueberführung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Gesellschaftseigentum. Das Erfurter Programm spreche weder von Gemeinwirtschaft noch von Sozialisierung; es erstrebe nicht die öffentliche Kontrolle privater Betriebe, sondern die Enteignung des privaten Besitzes an Produktionsmitteln. Im einzelnen führt Robert Schmidt über die nächsten Schritte zum Sozialismus folgendes aus:

Viel näher (als mit der Wissellschen Planwirtschaft) wird man dem Erfurter Programm kommen, wenn man in einigen für eine Monopolwirtschaft reifen Betrieben zu dieser Monopolbildung übergeht. Für das Spiritusmonopol liegt das Gesetz, das noch der Reichstag geschaffen hat, vor. Es kann jederzeit in Kraft treten, wobei es sich empfehlen würde, vorläufig keine Aenderung vorzunehmen, da ein nochmaliges Durcharbeiten der Materie sehr viel Zeit beanspruchte. In enger Verbindung damit müßte ein Petroleummonopol in Angriff genommen werden. Es ist die höchste Zeit, daß es geschieht, weil hier die Betriebsanlagen im Werte so gesunken sind, daß gegenwärtig die Uebernahme in den Staatsbetrieb die günstigsten Aussichten bietet. Dem Herrn Ministerpräsidenten wäre es sehr dringend zu raten, dem Reichswirtschaftsministerium den Auftrag zu erteilen, sofort möglichst schnell einen Entwurf über ein Petroleummonopol auszuarbeiten. Nicht minder wichtig ist die Herbeiführung eines Getreidemonopols. Die gegenwärtigen Einrichtungen in der Reichsgetreidestelle müssen für diese Zwecke nutzbar gemacht werden. Wenn die Zustimmung des Herrn Ministerpräsidenten zu erlangen ist, wird das Reichsernährungsministerium die Vorarbeiten für einen solchen Gesetzentwurf einleiten, es sei denn, daß die Frage dem Reichsfinanzministerium überantwortet werden soll. Sehr wichtig erscheint ferner die Inangriffnahme eines Tabakmonopols. Sollte ein Monopol für die Fabrikation nicht durchgeführt werden, so mindestens für den Verschleiß der Tabakprodukte. Die Kommunalisierung der für die Gemeinden wichtigen gemeinnützigen Betriebe muß durch ein besonderes Gesetz Anregung und Richtung erhalten."

Diese beispielsweise gegebene Aufzählung soll, wie die „Glocke" hervorhebt, das Arbeitsgebiet nur abstecken, nicht begrenzen. Robert Schmidt verspricht sich von einem solchen Vorgehen bei der Sozialisierung eine viel günstigere Wirkung auf die Massenstimmung als von der Wissellschen Planwirtschaft.

Die Schmidtsche Gegenschrift streift dann noch die Fragen der Arbeiterräte, des Reichswirtschaftsrats und die Sicherung des Wirtschaftsfriedens.

Gehälter des Berliner Vollzugsrates

Man schreibt uns: Es dürfte allgemein interessieren, einige Zahlen aus dem Berliner Vollzugsrat zu erfahren. Der Vollzugsrat besteht aus Arbeitern, die ursprünglich täglich als höchstbezahlte Arbeiter 25 M. täglich erhalten sollten. Inzwischen haben die 24 Herren sich aber Gehälter von 13 920 Mark im Halt bewilligt, indem sie an Wochentagen 20 Mark Lohn und 20 Mark Aufwandsentschädigung, an Sonntagen 20 Mark Aufwendungsentschädigung erhalten, also monatlich 1160 Mark. Dies ist soviel wie ein Regierungspräsident erhält. Wöchentlich kostet der Vollzugsrat die kleine Summe von 20 000 Mark, denn man läßt sich nicht lumpen, so erhält eine Stenotypistin pro Tag 35 Mark, andere Beamte 20, 18, 16 Mark täglich, ohne sich sonderlich anzustrengen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907162-19/fragment/page=0002

Die „Deutschen" Ost-Londons

Die Unwissenheit der Engländer in allen nicht britischen Angelegenheiten ist bekannt, aber dann und wann setzt sie einem doch immer wieder in Erstaunen. Ihre geographischen Kenntnisse, deren Mangel bei solchem Weltvolk unbedeutsam wäre, wenn man nicht wüßte, daß sich der gemeine Mann in England um „foreign affairs", um ausländische Dinge, durchaus nicht kümmert, wird der Krieg wohl erweitert haben, und es ist anzunehmen, daß wenigstens der zweite Mann in der englischen Armee und Marine jetzt Berlin als Hauptstadt des Deutschen Reiches kennt und nicht, wie früher gewöhnlich, Hamburg oder Antwerpen. Leicht haben es die britischen Staatsmänner mit demagogischem Talent, wie Lloyd George, sich die britische Unwissenheit für ihre Politik zunutze zu machen. Wo hat der Durchschnittsengländer je einen Unterschied zwischen einem Tschechen, Croaten, Ungarn oder Deutschen gemacht? Die herumziehenden böhmischen Musikanten gingen allgemein unter der Marke „German band", und ein englischer Minister konnte noch während des Krieges sagen, er habe noch nie etwas von einem Tschechenvolk gehört. Die Angehörigen der kleinen slawischen Nationen waren übrigens, so lange die Beziehungen noch friedlich waren, ganz froh, in der britischen Vorstellung unter den großen Begriff Deutschland zu kommen, und haben nun notgedrungen einmal von ihrer österreichischen oder russischen Staatsangehörigkeit Gebrauch gemacht. Die Folgen dieses Zustandes für das Ansehen des Deutschtums in britischen Ländern waren recht ungünstig. Aber was war da zu machen? Uns unterstand der britische Schulunterricht nicht. Nur auf Grund dieses Zustandes war überhaupt die erschreckende Verhetzung möglich, die seit 20 Jahren gegen die Deutschen, die man mit allem Schmutz aller mitteleuropäischen Völker belastete, möglich. Auch der Antisemitismus anderer Länder wurde in England zum Deutschenhaß. Die Londoner, die ihre „City" und einflußreiche Staatsstellen an jüdische Mitbürger mit deutschklingenden Namen ausgeliefert sahen, machen sehr einfach die „bloody germans", die „Boches", die Pöbcher, und ihr Haßziel personifizierend, „the Kaiser" dafür verantwortlich. Als kürzlich im Parlament das Schicksal der jetzt noch in England befindlichen Deutschen zur Verhandlung stand, forderte das Mitglied Sir Herbert Nield aufs schärfste Maßregeln gegen die unerwünschten deutschen Gäste in England. Und dieses Parlamentsmitglied, dessen Bildung doch wohl nicht unter dem Durchschnitt steht, glaubte die Rechtmäßigkeit der Deutschenverfolgung durch den Hinweis auf die gefährliche deutsche Bevölkerung Ost-Londons begründen zu können. Der ständige Parlamentsausschuß für das Fremden-Gesetz (Aliens Restriction Bill) mußte nun erst darüber unterrichtet werden, daß die gefährlichen Deutschen Ost-Londons alle miteinander russische und polnische Juden seien. Daraufhin werden die Bewohner Ost-Londons doch wohl von den ehrenwerten Parlamentsmitgliedern als herzlich befreundete Gäste willkommen geheißen werden. Für die große Masse des Volkes — denn wer liest solchen Kommissionsbericht in der Zeitung? — bleibt natürlich nach wie vor „the Kaiser" verantwortlich für allen Schmutz und für alle Verbrechen Ost-Londons.

Die Arbeit der kommenden Jahre

(Eigene Drahtmeldung der „H. B.")

Genf, 15. Juli.

Aus Paris wird gemeldet: Vor seiner Abreise aus Paris hat Staatssekretär Lansing aus seiner Botschaft an das französische Volk noch eine Erklärung über den Friedensvertrag abgegeben, in der er sagte, die Staatsmänner hätten in den folgenden Jahren noch eine überaus schwere Arbeit zu erfüllen. Es sei zu hoffen, daß die Völker die Notwendigkeit begreifen, gemeinsam an dem großen Werke des Aufbaues der Gesellschaft der Nationen mitzuarbeiten. Lansing schließt: Ich will aber hoffen, daß wir in dem nächsten Jahre auch der Probleme, mit denen wir uns heute noch befassen müssen, Herr geworden sein werden.

*

Aus dem Haag, 15. Juli.

Die New-Yorker Tribune meldet aus Paris, daß in Pariser amerikanischen Kreisen das Gerücht verbreitet sei, Lansing werde bald nach seiner Rückkehr nach Amerika von seinem Posten als Staatssekretär des Auswärtigen zurücktreten.

Vermögenszuwachs der Kriegswitwen

Der Gesetzentwurf über die Kriegsabgabe von Vermögenszuwachsen unterwirft jeden während des Krieges eingetretenen Vermögenszuwachs der Besteuerung und macht hierbei keinen Unterschied nach den Ursachen, auf die der Zuwachs zurückzuführen ist. Hierin liegt zweifellos eine große Härte, denn Kriegsgewinnler, die mühelos Hunderttausende zusammengerafft haben, werden mit jenen vielen Tausenden auf eine Stufe gestellt, die nur in schwerster Arbeit ihr Vermögen erhöhen konnten. Nun sagt zwar die Begründung: „Wenn Millionen von Volksgenossen Gut und Blut zum Wohle des Reiches und Volkes opferten, wenn dieses Volk heute in schwerster Not um seine Zukunft bangt und sorgt, soll niemand von sich sagen müssen, er habe in dieser Zeit des schwersten nationalen Unglücks Reichtümer sammeln und Vermögen erwerben können." Durchaus zutreffend! Wie steht es aber mit den Frauen der Krieger, die in Abwesenheit des Ehemannes es verstanden haben, das Geschäft dank unermüdlichen Fleißes und persönlicher Tüchtigkeit hochzubringen und ihre Energie noch verdoppelten, als der Ehemann nicht mehr von der Front in die Heimat zurückkehrte? Auch sie haben in jenen Jahren einen Vermögenszuwachs erfahren; sie sollen ihn jetzt um den erblichen Steuerbetrag gemindert sehen, obwohl sie bereits dem Vaterland ihr Liebstes auf Erden geopfert haben? Uns sind mehrere dieser Fälle in Magdeburg bekannt, wo Kriegerwitwen das Geschäft trotz allen Kummers und Wehs fortgeführt und hierbei gute Ergebnisse erzielt haben. Zu einem Fall beträgt der Zuwachs 50 000 Mark, hiervon gehen 20 000 Mark als Steuer ab, die wohl bei jedem Kriegsgewinnler im landläufigen Sinne des Wortes, der nichts für das Vaterland getan hat, gerechtfertigt sind, nicht aber für Kriegswitwen, die das Vermögen in der geschilderten Weise vermehrt haben und sonst über keinerlei Vermögen verfügen. Hier sollte das Gesetz Ausnahmen gestatten und sich von sozialen Gedanken leiten lassen. Wird die Abgabe unterschiedslos erhoben, so ist schließlich das Ergebnis die Forderung solcher Kriegerwitwen nach Erhöhung der Rentenbezüge, die dann im allgemeinen vorgenommen werden müßten und dem Staate mehr Kosten verursachen als eine weniger scharfe Besteuerung in den vorliegenden Ausnahmefällen bei der Kriegsabgabe von Vermögenszuwachs.

Vielfach liegen die Dinge auch so, daß der Ernährer als Kriegsbeschädigter nach Hause gekehrt ist und jetzt die Ehefrau die Hauptlast der Ernährung für die Familie tragen muß. Wie soll sie das zu Wege bringen, wenn sie ihr mühsam errungenes Kapital, das zumeist im Geschäft steckt, nun plötzlich so gewaltig reduziert sieht?

Der Nationalversammlung sei daher die Anregung warm ans Herz gelegt, in der Besteuerung, soweit die vorliegenden Fälle und ähnliche in Frage kommen, eine wesentliche Erleichterung zu gewähren.

Gegen den Gewaltfrieden

„Humanite" veröffentlicht eine vom nationalen Exekutivkomitee der amerikanischen sozialistischen Partei angenommene Entschließung, in der gegen den Friedensvertrag protestiert wird, der auf der Grundlage der 14 Punkte versprochen worden sei, den man aber auf der Grundlage geheimer Verträge abgeschlossen habe. Aus der Friedenskonferenz gingen fünf Großmächte hervor, die die Welt durch den Völkerbund beherrschen wollen. Trotz der Versicherungen, die der Präsident der Vereinigten Staaten dem deutschen Volke mehrere Male gegeben habe, daß ihm keine Strafe auferlegt werden solle, wenn es seine militärischen Machthaber stürze, habe man ihm einen Frieden angeboten, der das deutsche Volk

Vom Schmachfrieden

Artikel 177.

„Erziehungsanstalten, Universitäten, Schieß-, Sport- oder Wanderverbindungen und überhaupt Vereinigungen jeglicher Art dürfen sich mit keinerlei militärischen Dingen beschäftigen.

Insbesondere ist es ihnen verboten, ihre Mitglieder im Gebrauch von Waffen zu unterrichten oder auszubilden oder ihnen zu erlauben, sich hierin ausbilden zu lassen."

Zu einem Volksstaat gehört geradezu das Recht des einzelnen, sich in den Waffen zu üben, damit er jederzeit bereit sei, wenn das Vaterland ruft. — Der deutsche Volksstaat muß bei seiner Geburt auf dieses Recht verzichten und sich zu ewiger Knechtfähigkeit verpflichten.

mehrere Generationen in Hörigkeit bringe. Die unmenschliche Drohung der ehemaligen deutschen Militärautokratie, England und Frankreich auszuhungern, werde jetzt gegen das deutsche Volk gerichtet, wenn es sich weigere, sich zu Sklaven der Alliierten machen zu lassen.

Beachenswert ist es, dazu die hochtönenden Worte zu lesen, die Clemenceau über den Frieden der Gerechtigkeit sagte:

Vor der Friedenskommission der Kammer erklärte Clemenceau gestern, der Friedensvertrag sei auf dem Grundsatz aufgebaut, der Gerechtigkeit Genugtuung zu verschaffen, in deren Namen der aufgezwungene Krieg geführt worden sei. Der Grundgedanke des Vertrages sei, den Weltfrieden durch die Vereinigung der alliierten und assoziierten Großmächte aufrechtzuerhalten. Um diesen Grundgedanken durchzuführen, hätten Opfer gebracht werden müssen. Der Vertrag müsse als ein geschlossenes Ganzes betrachtet werden. Er gebe Frankreich eine Macht, aus der es Nutzen ziehen könne, wenn es seine wirtschaftlichen Anstrengungen auf der Höhe erhalte, auf die es seine Tapferkeit gebracht habe. Frankreich müsse an den Völkerbund festhalten, aber versuchen, ihn im Sinne des Aufsatzentwurfes Leon Bourgeois zu vervollkommnen. Auf eine Anfrage Barthous erklärte Clemenceau, es sei charakteristisch für den Vertrag und müsse wie eine Bestätigung der Moral angesehen werden, daß die für den Krieg verantwortlichen Persönlichkeiten angeklagt und abgeurteilt würden. Das sei eine Strafe und Mahnung zugleich. Die Entente werde nicht davon abgehen.

Der 24stündige Streik in Frankreich

Versailles, 15. Juli.

Der Verwaltungsrat der Gewerkschaften erläßt einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Städte und des Landes, in dem er sie nachdrücklichst auffordert laut Beschluß des Nationalausschusses vom 27 Mai, am 21. Juli in einen 24stündigen Generalstreik einzutreten, das sei eine Bewegung, die von den Proletariern Italiens und Englands unterstützt werde. Seit acht Monaten verlangten die Arbeiter Frankreichs vollständige Demobilisierung, Vorbereitung der Abrüstung, Aufhebung des bewaffneten Widerstandes in Rußland und Ungarn auf Grund des Rechtes jedes Volkes, frei über sich selbst zu verfügen, ferner Amnestie politischer und militärischer Verurteilter und schließlich Wiederherstellung der konstitutionellen Freiheiten, vor allem Aufhebung der Zensur. In allen diesen Punkten habe die Regierung nur versprochen, nichts unternommen. Dazu komme, daß sie weder gegen die Lebensmittelteuerung noch für die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens noch gegen die Wohnungsnot etwas Praktisches, zu Verwirklichendes unternommen habe. Aus diesem Grunde müsse das Proletariat dem Verlangen der Gewerkschaften, durch einen Generalstreik am 21. Juli zu protestieren, notwendig seine Unterstützung geben.

Franzosen und Norweger

Kopenhagen, 15. Juli.

„Nationaltidende" berichtet von einem peinlichen Zwischenfall, der sich gestern abend auf dem Rathausplatz abspielte. Als französische Matrosen von der Feier des französischen Nationaltages im Tivoli in geschlossenem Zuge unter Vorantragen der Trikolore kamen und das städtische Kriegerdenkmal bekränzen wollten, entriß, während einige französische Matrosen das Denkmal besteigen, ein norwegischer Unteroffizier den im Hafen liegenden norwegischen Geschwadern einem französischen Offizier die Trikolore und zerriß sie. Französische Matrosen stürzten sich auf den Norweger und richteten ihn mit Schlägen derartig zu, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die „Nationaltidende" verurteilt das Auftreten des Norwegers.

Das Schicksal Oberschlesiens

Nach den Absichten der Entente soll die Volksabstimmung in Oberschlesien erst frühestens im nächsten Frühjahr stattfinden. Es besteht die Gefahr, daß die Bevölkerung in dieser Zeit von der Verwaltung der sogenannten unabhängigen Kommission mit Hilfe der fremden Truppen stark beeinflußt werden könnte, und die Abstimmung ein schiefes Bild ergeben könnte. Die Reichsregierung will deshalb versuchen zu beantragen, die Abstimmung sofort vornehmen zu lassen. Ueber die Uebergabe der Verwaltungen im Osten werden demnächst zwischen der deutschen Regierung und Polen Verhandlungen angeknüpft werden, um auch die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und dem Osten möglichst schnell zu ermöglichen.

Ein Eingeständnis Joffres

Das Märchen von der belgischen Neutralität

In Paris tagt zurzeit unter dem Vorsitz Violettes ein parlamentarischer Ausschuß, der die Begeichnung „Commission d'enquête sur la métallurgie" führt und die Aufgabe hat, festzustellen, aus welchem Grunde im ersten Stadium des Krieges das Erzbecken von Briey aufgegeben wurde.

Als wichtigsten Zeugen hat dieser Ausschuß den Marschall Joffre vernommen, und zwar sollte der Marschall, wie Herr Violette ihm erklärte, Auskunft geben „über die Verteidigung von Briey, den Konzentrationsplan im allgemeinen und über die Operationen der dritten Armee im besonderen".

Ueber den Verlauf der Vernehmung des Marschalls Joffre berichtet die „Action Française" (das chauvinistische Parteiorgan der französischen Royalisten) in ihrer Nummer vom 5. Juli d. J. Joffre sagte dabei wörtlich:

„. . . Englands Eintritt in den Krieg war vorhergesehen. Es bestand eine Militärkonvention mit England, die einen geheimen Charakter hatte. Wir rechneten auf sechs englische Divisionen und die Belgier."

Der Marschall Joffre gab dann, so führt der Bericht der „Action Française" fort, Auskunft über die Rolle jeder der Armeen unter seinen Befehlen. Die dritte sollte die Verbindung herstellen, die fünfte sollte entweder auf Metz oder auf Diedenhofen marschieren. Sie sollte sogar die Umzingelung von Metz vorbereiten. Alles war den Ereignissen untergeordnet. Die Pläne nahmen die Invasion Belgiens in Aussicht. („Les Plans envisageaient l'invasion de la Belgique".) Es waren Maßnahmen getroffen, um der Invasion Schritt um Schritt zu folgen." . . .

Hier liegt also aus dem Munde des damaligen obersten französischen Heerführers klipp und klar das Eingeständnis vor, daß Belgien heimlich im Bund war mit Frankreich und niemand anderes als Belgien selbst die belgische Neutralität verletzt hat!

Beschleunigte Einleitung der Verhandlungen mit Polen

Eine deutsche Note.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Freiherr von Lersner, übermittelte heute mittag dem Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note:

„Die Ausführung des Friedensvertrages im deutschen Osten macht unmittelbar nach der Ratifikation umfangreiche Vorbereitungen erforderlich. Insbesondere würde eine unvermittelte Zurückziehung der deutschen Behörden aus den abzutretenden Gebieten unzweifelhaft große Verwirrung hervorrufen. Dies gilt vor allem für die innere Verwaltung, die Rechtspflege und das Verkehrswesen. Sicherheit und Ordnung erscheinen um so schwerer gefährdet, als die nationalen Gegensätze in den in Frage kommenden Gebieten bereits jetzt zu einer starken Erregung der ganzen Bevölkerung geführt haben. Die deutsche Regierung hält deshalb die beschleunigte Einleitung unmittelbarer Verhandlungen mit der polnischen Regierung für unerläßlich. Das Ziel dieser Verhandlungen würde sein, unter Zuziehung vor allem auch der beteiligten preußischen Ressorts eine geordnete Uebergabe und Ueberleitung der einzelnen Verwaltungszweige sicherzustellen und die Einzelheiten über eine planmäßige Zurückziehung der preußischen Beamten festzulegen. Die Verhandlungen würden mit Rücksicht auf den Umfang der Beteiligung der preußischen Dienststellen und die notwendigen sachlichen Unterlagen am besten in Berlin stattfinden. Den polnischen Delegierten würden für diesen Fall alle erforderlichen Erleichterungen gewährt werden.

Es wird um eine baldgefällige Mitteilung darüber gebeten, ob die polnische Regierung diesem Vorschlage zustimmt und bereit ist, mit größtmöglicher Beschleunigung ihre Vertreter zu benennen und den Zeitpunkt ihres Eintreffens in Berlin mitzuteilen."

Polen im Bunde mit dem bolschewistischen Rußland

Die polnische Regierung in Warschau hat schon vor einem halben Jahre mit der russischen Sowjetregierung ein Abkommen getroffen, wonach Polen das Cholmer Land, Podlasie, Polesie, ganz Ostgalizien, den westlichen Teil von Wolhynien und einige Bezirke von Weißrußland und Litauen erhält, wogegen Polen die Verpflichtung übernommen hat, die westukrainische Republik, die Basis des Kampfes gegen die Bolschewisten in der Ukraine, zu vernichten. In Moskau ist eine diplomatische Vertretung Polens errichtet worden, an deren Spitze der Gesandte Wenkowski steht. Ein ständiger Kurierdienst und drahtloser Fernsprechverkehr zwischen Moskau und Warschau ist eingerichtet. Der Krieg zwischen den Polen und den Bolschewisten ist nur ein Scheinkrieg. Es ist jetzt kein einziger Soldat der Hallerschen Armee an der bolschewistischen Front verwendet worden, es ist sogar die Armee Listowski von der bolschewistischen Front abgezogen und gegen die Ukrainer geworfen worden.

Regelung der Arbeitsverhältnisse der Angestellten in den Reichsministerien

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Bauer und in Anwesenheit der Reichsminister Erzberger, Schlicke und Schmidt wurde am Sonnabend den 12. Juli im Schloß in Weimar mit den Vertretern der zirka 5000 Angestellten der Reichsministerien eine Regelung der Anstellungsverhältnisse vereinbart. Die Vertretung der Interessen der Angestellten befand sich in den Händen der Herren Dr. Neubrunner, Dr. Eppenstein, Hillmann und Heurich und Frl. Kortum. Die Angestellten der Reichsministerien (nicht beamtete wissenschaftliche, technische und kaufmännische Referenten, Hilfsarbeiter, Büro- und Kanzleikraftstelle usw.) haben, nachdem bereits seit Dezember vorigen Jahres in den einzelnen Ministerien Verhandlungen stattgefunden hatten, im März nochmals durch ihren Arbeitsausschuß eine gemeinsame Forderung bei dem Reichsfinanzministerium eingereicht. Die langwierigen Verhandlungen haben nunmehr einen beide Teile befriedigenden Abschluß gefunden.

Zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt wurde nach der Zentrums-Parlamentarischen Korrespondenz an Stelle Müllendorffs der frühere vortragende Rat im Reichsamt des Innern, Wietfeld, der in den letzten Monaten eine führende Stelle bei der Firma Krupp bekleidete, in Aussicht genommen.

Professor Emil Fischer gestorben. In der Nacht vom Montag zum Dienstag verstarb der berühmte Chemiker Professor Emil Fischer im 67. Lebensjahre in Wannsee bei Berlin. Ein geborener Rheinländer, hatte er zuerst eine außerordentliche Professur in München inne, folgte dann einem Ruf nach Erlangen und später nach Würzburg.

Hauptschriftleiter: Dr. Hans Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher, für Volkswirtschaft und Sport: L. B.: Helmut Böttcher, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Robert Meyer.
Anzeigenteil: i. V.: Karl Steinhauer; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Hallischen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Boenisch. (Berneff).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907162-19/fragment/page=0003

Stadttheater.

Donnerstag, den 17. Juli 1919
Anfang 6 Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Der Ring des Nibelungen.
I. Tag:
Die Walküre
von Richard Wagner.

Gäste:
Kapellmeister Fritz Reiner, Dresden
Fritz Vogelstrom, Kammersänger, Dresden
Friedrich Plaschke, Kammersänger, Dresden
Georg Zottmayr, Kammersänger, Dresden
Zdenka Fassbender-Motti, Kammersängerin, [München]
Lilly Hafgren-Waag, Berlin
Frieda Schreiber, Kammersängerin, Leipzig.

Sonnabend: Anfang 6 Uhr „Siegfried".

U.T

Leipzigerstrasse 88
Fernruf 1224.

Ab Freitag, den 18. Juli 1919
Die Note mit dem Silberkreuz
Sensationelle Schilderungen aus dem Leben eines Erfinders. Drama in 4 Akten.

Morgen letzter Tag: Pola Negri in: „Dämmerung des Todes".

Dauerhafte
Handkoffer
in Vulkan-Fibre
äußerst preiswert.
H. Krasemann
nur Schmeerstr. 19.

Apollo-Theater.
Täglich abends 8 Uhr
Wiener Blut
Operette von Joh. Strauß.
Pepi . . Emmy Sturm u. G.
Vorverkauf 9—1 u. 5—½7.

Hippodrom Wintergarten
Magdeburgerstr. 65. Dir.: Georg Arndt. Fernspr. 2185.
Ab heute abend 8 Uhr täglich
Gesangs- u. deklamator. Vorträge
und als weitere Sensation für Halle
Damen-Ringkämpfe.
Reitsport von 4 Uhr nachm. ab.
Tageskasse geöffnet von 11½—1 Uhr mittags.

Walhalla-Operetten-Theater.
Ensemble-Gastspiel Dir. Felix Meinhardt.
Der Operettenschlager
Ihre Hoheit — die Tänzerin.
Musik von Walter Eliot.
Die Vorstellung beginnt pünktlich 7½ Uhr.
Kasse v. 10-1½ u. 4-6.

Moderne
Halsketten
für Damen u. Kinder (viele Neuheiten).
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.

I. Krim.-Detektiv
Polizei-Kom. a. D. Sommer, Harbenbergstr. 6 I. Ermittelungen, **Auskünfte** aller Art.

Zoo.

Donnerstag, 17. Juli, nachmittags 4 Uhr und abends 7½ Uhr
Konzert
von der Kapelle des Füsil.-Regts. Nr. 36.
Leitung: Kapellmeister Otto Haupt.
Eintrittspreise:
Erwachsene 1 Mk. (von 7 Uhr abends ab 75 Pfg.), Kinder 50 Pfg.
Dauerkarten für Wittekind haben zum Abend-Konzert Gültigkeit.

U.T

I. Teil
3 Akte.
Rom zur Zeit des Decius.
Brautnacht des Decius. Bacchanal-Szenen. Christenverfolgungen.

Fernruf 5738. Fernruf 5738.
Alte Promenade 11a.
Ab Freitag, den 18. Juli:
Der große deutsche Prunkfilm
„Veritas vincit"
(Die Wahrheit siegt).
8 Akte mit
Mia May,
Johannes Riemann
und Tausenden von Mitwirkenden.

II. Teil (2 Akte).
Mittelalter um 1500.
Ritter- und Burgenromantik, Volks- und Zunftfeste, Verschwörungen.
Alle Vorzüge aufgehoben!

III. Teil
3 Akte.
Neuzeit aus jüngster Vergangenheit.
Hoffeste, Hofintriguen, Liebesszenen, Ehren-Duelle.

Für Sommer u. Reise:
Weisse u. farbige Oberhemden Sporthemden
Kragen Neueste Krawatten
Handschuhe
in Leder, Seide, Stoff.
Socken Unterzeuge
Träger Stücke Knöpfe
Sportgürtel Sockenhalter.
G. Liebermann
Geiststrasse 42.

Stadt-Theater
Freitag, den 18. Juli 1919
Alt-Heidelberg.

Gebr. Bethmann
Werkstätten für Wohnungskunst
Halle a. d. S.
Große Steinstraße 79-80.
Stilvolle Damenzimmer.

Frucht-Pressen
Mk. 6,25.
Sobel,
Steinweg 45, Große Ulrichstraße 9, Reilstraße 1.
Ammendorf: Bahnhofstraße 3.

Buchführung,
Einrichtung und Führung von Büchern übernehme bei mäßigem Preis. Gefl. Angeb. unt. Z. 1801 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Einkochgläser
mit guten Gummiringen sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Moderne
richtig sitzende
Augengläser
verschiedener Konstruktion
Otto Unbekannt
Gr. Ulrichstr. 1a.

Groß. Gelegenheitskauf.
Hochherrsch. Wohnungs-Einrichtung, wenig gebr., Speisezimmereinrichtung, Schlafzimmereinrichtung mit weißem Marmor, Herrenzimmereinrichtung, Salon-Einrichtung, dunkel Mahagoni, verkauft sehr billig
Friedrich Peileke,
Geiststraße 25.

5000 Mk. Belohnung
bei Einbruch und Mord
erspart die automatische
Alarm-Türsicherung „Ce-Fa-Te"
Effektiv vollkommenster und sicherster Schutz gegen Einbruch.
Sichert auch die verlassenen Räume.
Kostenlose und unverbindliche Vorführung im
Hotel Goldene Kugel, Halle a. S., Riebeckplatz
am Mittwoch, den 16. und Donnerstag, den 17. Juli d. Js., von 10 bis 7 Uhr.
Meldungen von Firmen oder rührigen Vertretern, die sich evtl. den Alleinvertrieb für Halle und angrenzende Gebiete sichern wollen, ebendaselbst erbeten.

Gobelins
Friedensqualität
Riesenauswahl

Möbelfabrik
C. Hauptmann
Kl. Ulrichstraße 36 a u. b.

Bruchleidende
finden sichere Hilfe, auch in veralteten Fällen, durch mein seit 1894 erprobtes, Tag und Nacht tragbares, federloses Bruchband „Extrabequem". Zahlreiche Heilungen. Leib- und Vorfallbinden. Gerade Halter. Gummistrümpfe, Suspend. Korsetten gegen Rückgratverkrümmungen. Mein Vertreter ist wieder mit Mustern anwesend in
Halle a. S. Sonnabend, 19. Juli 9—8 Uhr Hotel zur „Stadt Bernburg", Franckestr. 12.
Bruchb.-Spez. L. Bogisch, Stuttgart, Schwabstr. 38 A. Gegr. 1894.

Tierarzt Ifland, Ammendorf
Wohnung: Hindenburgstrasse 52.
Telephon 230.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907162-19/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 16 Juli.

Agitation für einen Landarbeiterstreik!

Die Liga zum Schutze der deutschen Kultur, Sektion Halle, schreibt uns:

Kaum hat die jahrelange Hungerblockade gegen Deutschland, die den vorzeitigen Tod von hunderttausenden Deutschen und eine unendliche Teuerung zur Folge hatte, ihre Aufhebung durch die Entente erfahren, da setzt auch schon eine wüste Hetze der unabhängigen Sozialdemokratie für einen Streik der Landarbeiter ein. Wie sehr der U. S. P. D. das Wohl der gesamten Bevölkerung und damit auch der industriellen Arbeiterschaft am Herzen liegt, geht daraus hervor, daß sie zur Durchsetzung ihrer Forderungen der Landarbeiter diesen energisch den Rat gibt, zur Erntezeit mit dem Streik zu beginnen. Ein Beweisstück für diese Agitation liegt uns vor in der Rede eines Unabhängigen Führers aus Delitzsch. Es handelt sich um den unabhängigen Stadtverordnetenvorsteher Buhle von Delitzsch, der nach stenographischen Notizen in einer Landarbeiterversammlung in Gr.-Lissa ausgeführt hat:

„Die Revolution ist auch an der deutschen Landarbeiterschaft nicht spurlos vorübergegangen. Sie hat Euch aufgeweckt aus Eurem Schlendrian und Euch klargemacht, daß Ihr doch auch Menschen seid und berechtigt, als solche und nicht als Sklaven und Knechte zu leben. Seither haben Eure Arbeitgeber, die Brotherren und Unternehmer, Euch nur ausgenutzt, ausgebeutet bis auf das letzte bischen Arbeitskraft, um so schnell als möglich reich zu werden. Seid nicht mehr so dumm, wie bisher, füllt nicht weiter diesen Blutsaugern die großen Taschen, sie müssen sich nur auf Eure Knochen, erzielen unmenschlich hohe Kriegsgewinne und fragen den Teufel danach, ob Ihr dabei sterbt oder verderbt. Sie schwelgen in süßem Nichtstun, während Ihr Euch für sie schindet und plagt. Macht ja die Augen auf, denn sie wollen Euch betrügen und ausbeuten; merkt Euch, betrügen wollen sie Euch! Laßt Euch nicht länger gefallen, sondern sorgt dafür, daß die Brotherren und Unternehmer selbst mit arbeiten lernen. Fordert laut und rücksichtslos hohe Löhne, die wenigstens annähernd eine entsprechende Bezahlung für Eure Knochenarbeit ist und steigert Euren seitherigen Höchstsatz von 28 Mk. pro Woche, den Ihr jetzt außer den Naturalentschädigungen bekommen habt, sobald als möglich, spätestens aber noch vor der diesjährigen Ernte, auf wenigstens 36 Mark! Und wenn sie Euch das nicht bewilligen, sondern wieder betrügen wollen, so macht von Eurem wirksamsten Mittel, von Eurer schärfsten Waffe, vor der diese Kolonne heillose Furcht hat, rücksichtslosen Gebrauch und streikt, am zweckmäßigsten natürlich dann, wenn die Arbeit am meisten drängt, und wenn man Eure Kraft am nötigsten braucht, z. B. beim Beginn der neuen Ernte! Zeigt diesen Leuchen Eure Faust und laßt Euch nicht vertrösten oder Sand in die Augen streuen. Dazu ist aber unbedingt erforderlich, daß Ihr Euch zusammenschließt, Euren Führern und Vorkämpfern folgt und vertraut, wie ich schon anfangs wiederholt gesagt habe: Euch verbündet und kraftvoll organisiert zu einem großen Verbande der landwirtschaftlichen Arbeiter, der sich über den ganzen Kreis Delitzsch ausdehnt und der, wie schon erwähnt, bereits 6600 Mitglieder umfaßt. Ihr müßt bedenken, daß der einzelne nichts auszurichten vermag, daß die Unternehmer aber alltern vor unserer machtvollen Organisation.

Laßt Euch nicht wankend machen durch vorübergehende Mißerfolge oder durch Akte brutaster Gewalt, wie wir solche leider jetzt in Leipzig erlebt haben, wo die trauigen Noske-Jünger unsere bedauernswerten Genossen und Brüder, die für uns in die Bresche traten, durch gemeine Tücke und Hinterlist überrumpelten, wo man diese braven Märtyrer unserer gerechten Sache, die weiter nichts verbrochen haben, als bestrebt gewesen zu sein, zu erkämpfen, was der deutschen Arbeiterschaft ein menschenwürdiges und erträgliches Dasein schafft, hinter schwedische Gardinen und starke Kerkermauern zu sperren und ihnen zur gegebenen Zeit den Prozeß zu machen. Pfui! Schmach und Schande über solches Gebaren! Darum noch einmal zum Schluß: Oeffnet Eure Augen, wahrt kraftvoll Eure wirtschaftlichen Interessen und organisiert Euch in der Weise, wie ich es Euch nach bester Ueberzeugung empfohlen habe."

Man muß sich vergegenwärtigen, daß der Delitzscher Bezirk Ueberschußgebiet ist, der insbesondere die Großstädte Leipzig und Halle zu versorgen haben würde. Da es bei einem Streik auf engbegrenztem Gebiet aber nicht bleiben würde, würde bald das ganze Reich in Mitleidenschaft gezogen werden. Ein solcher leichtfertig hervorgerufener Streik zur Erntezeit in einem Zeitpunkt, wo nun endlich die Preise von ihrer schwindelhaften Höhe heruntergehen, ist ein Verbrechen am Wohle des ganzen Volkes, gegen das sich die gesamte noch einsichtige Bevölkerung wenden sollte.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Städtischer Verkauf von Käse** in der Talamtschule am Donnerstag, den 17. Juli. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 56 501 bis 58 000 nur nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 55 Gramm Käse zum Preise von 20 Pfg. abgegeben werden. Den Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Städtischer Verkauf von Zwieback und Gerstenmehl** an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre in der Talamtschule am Donnerstag, den 17. Juli. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 49 501—54 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 54 501—58 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann auf jeden Abschnitt P der besonderen Warenbezugskarte für Kinder bis zu 12 Jahren und auf jeden Abschnitt O der besonderen Warenbezugskarten für Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre ein Paket Zwieback zum Preise von 44 Pfg. und ein Paket Gerstenmehl zum Preise von 40 Pfg. abgegeben werden. Bei dem Mangel an Kupfergeld ist unbedingt abgezähltes Geld bereit zu halten.

— **Der Verkauf von Quark** erfolgt am Donnerstag, den 17. Juli auf den Abschnitt 14 für die eingetragenen Kunden bei dem Molkereibesitzer John, Große Gosenstraße 17 und Kleine Ulrichstraße 26. Auf jeden Abschnitt wird ein halbes Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Montag, den 21., abzuliefern.

— **Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche** Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, am Donnerstag, den 17. und am Freitag, den 18. Juli bei den von ihnen gewählten Großfirmen des in dieser Woche zum Verkauf gelangende Kartoffelmehl abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Akademische Nachrichten. Der Ordinarius für Strafrecht, Strafprozeß und Strafverfahren an der Heidelberger Universität Geh. Hofrat Prof. Dr. Karl von Lilienthal ist auf sein Ansuchen zum 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt und zum ordentlichen Professor ernannt worden. v. Lilienthal, ein geborener Eberselder (1853), entwarb in Heidelberg den Doktorgrad, wurde 1872 Referendar und 1877 Assessor, erhielt 1879 die venia legendi in Halle, kam drei Jahre später als ord. Professor nach Zürich und 1889 nach Marburg, von wo er 1896 nach Heidelberg übersiedelte. Hier bekleidete er 1912/13 das Prorektoramt.

— **Anrechnung der Kriegsdienstzeit auch für Heimatbeamte.** Den Reichsbeamten, die während des Krieges an der Front und in der Etappe als Beamte, Offiziere und Mannschaft tätig gewesen sind, wird bekanntlich bei der Zurruhesetzung zu der wirklich zurückgelegten Dienstzeit fünf volle Jahre als Kriegsjahre hinzugerechnet. Der Grund für die besondere Anrechnung von Kriegsjahren liegt in dem Anerkenntnis, daß der dienstliche Aufenthalt im Kriegsgebiet eine Bedrohung des Lebens oder zum mindesten die Gefahr einer Schädigung der Gesundheit in sich schließt. Um den Heimatbeamten entgegenzukommen und ihnen einen Ausgleich für die aus ihrer Tätigkeit während des Krieges erwachsenden Nachteile zu gewähren, wird ihnen die Kriegszeit auf ihre Pension mit einem Mehr von 50 Prozent angerechnet, bei voller Kriegsdienstzeit also mit 2½ Jahren Mehrdienstzeit. Als Kriegszeit gilt die Zeit vom 1. August 1914 bis zum 31. Dezember 1918. Gleiche Maßnahmen plant Preußen für seine Beamten zu erlassen, sobald die Nationalversammlung sich mit dem Vorschlage beireffs der Reichsbeamten einverstanden erklärt hat.

— **Die Strafkammer** verhandelte gegen den Fleischer Johann Reiseck, der in der Nacht zum 9. Oktober 1918 in die Hauptkantine des Säurewerkes der Firma Griesheim-Elektron in Bitterfeld mit zwei anderen, die deshalb bereits verurteilt worden sind, einbrach und 20 Flaschen Kognak, 10 Flaschen Wermut, 50 Zigarren und 1000 Zigaretten erbeutete. Waren im Gesamtwerte von etwa 1000 Mark. Die Sachen wurden teilweise in Halle verkauft, teilweise den Einbrechern wieder abgenommen. Der noch nicht bestrafte Angeklagte wurde wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls zu 9 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt; 8 Monate der Untersuchungshaft wurden als verbüßt angerechnet. — Der Arbeiter Otto Poppe und Franz Westphal und ein dritter, der nicht erschienen war, waren angeklagt, eine Urkunde gefälscht und zum Zwecke der Täuschung Gebrauch davon gemacht zu haben. Poppe hatte am 29. September 1918 in der Farbenfabrik Wolfen die Kontrollkarten von Westphal und Hupe aus dem Kasten genommen und gestempelt. Auf Westphals Karte war die Ankunftszeit zu früh angegeben, für Hupe war eine Nachtschicht gestempelt. Da die Kontrollkarten auch zur Berechnung des Lohnes dienten, so wurde die Firma geschädigt. Die beiden noch unbestraften Angeklagten wurden wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug zu je einem Monat Gefängnis verurteilt.

— **Maßnahmen gegen den Kellerstreik.** In der Abwehr des Kellerstreiks finden die Gastwirte vielfach recht wirksame Unterstützung seitens des Publikums. So wurde am Sonntag in einer in Loschwitz abgehaltenen, von 1400 Personen besuchten Versammlung des gasthausbesuchenden Publikums eine Entschließung folgenden Wortlauts angenommen: Da letzten Endes das Publikum bei eventueller Trinkgeldablösung doch für die Löhne des Gasthauspersonals aufzukommen hätte und außerdem dem Dienstpersonal noch Trinkgelder in reichlichem Maße zukommen lassen muß, um serviert zu werden, wie bekanntgegebene Beispiele aus Berlin und Düsseldorf beweisen, so fordern wir das Gasthauspersonal auf, innerhalb 48 Stunden die Arbeit mit Trinkgelderempfang, Löhnen zu den bisherigen Sätzen wieder aufzunehmen, andernfalls wir vorläufig auf die Dauer von drei Monaten nach Beendigung des Streiks auf jede Bedienung von seiten des Bedienstenpersonals in Hotels, Gastwirtschaften und Kaffees verzichten und uns gern selbst bedienen werden.

— **Der Bürgerausschuß** hält am morgigen Donnerstag, abends um 8 Uhr, im Vereinshause „St. Nikolaus" eine Versammlung ab.

— **Ornithologischer Zentralverein.** „Unsere nützliche Vogelwelt und ihr Schutz", über dieses Thema wird am Donnerstag, abends um 8½ Uhr im „Augustinerbräu", Mittelstraße 14/15, Oberförster Dr. Zentgraf einen Vortrag halten. Der Eintritt ist frei.

— **Zeitbilder der „H. Z."** Folgende Bilder hängen in unserer Geschäftsstelle aus: Der Tag des deutschen Derby auf der Grunewald-Rennbahn. Die Film-Schauspielerin Asta Nielsen beglückwünscht den siegreichen „Gibraltar". Zur Unabhängigkeitsfeier der Amerikaner in Berlin. Die Besichtigung Potsdams ein Rundgang n Sanssouci. Die Wartburg bei Eisenach, welche vom Großherzog von Sachsen-Weimar dem Staate abgetreten wurde, soll jetzt von der Nationalversammlung zum Nationaleigentum Deutschlands erklärt werden.

— **Durchgänger.** Gestern vormittag scheuten die Pferde eines vor dem Spielplatze im Moritzzwinger haltenden Geschirrs und gingen durch. Hierbei wurde eine in der Nähe befindliche Promenadenbank umgerissen. Dem Führer des Geschirrs gelang es, die Pferde zum Stehen zu bringen. Personen sind dabei nicht zu Schaden gekommen.

— **Zoologischer Garten.** Morgen, Donnerstag, finden nachmittags um 4 Uhr und abends um 7½ Uhr große Konzerte von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt statt. Die Vortragsfolgen enthalten Werke von Lincke, Mendelssohn, Svendsen, Meyerbeer, Bizet, Strauß, Recking, Strauß, Lassen, Lumbys, Lalo, Saint-Saens, Ochs, Millöcker, Scherz, Gilbert und Lehar. Zu dem Abendkonzert haben auch die Inhaber von Dauerkarten für die Mittwkind-Konzerte Eintritt ohne Nachzahlung. Die Eintrittspreise sind aus der Anzeige zu ersehen.

— **Wegen Pflasterungsarbeiten wird die Pfännerhöhe zwischen** der Merseburgerstraße und Turmstraße vom 15. d. Mts. ab voraussichtlich auf 8 Tage für den Fahr- und Reiterverkehr gesperrt.

S'adttheater in Halle

„Das Rheingold" von Richard Wagner.

Welche Erwägungen Direktor Leopold Sachse veranlaßt haben mögen, den seinen, alle Gesetze verwerfenden Grundsätzen treu bleibenden, ist müßig zu erörtern. Seine Tat, den „Ring des Nibelungen" in festlicher Zurüstung zu geben, bleibt bestehen und soll mit freudiger Anerkennung bedacht sein. Allem Ansehen nach ist es ihm gelungen, für Richard Wagners gewaltigstes Werk einen Kreis auswärtiger Künstler zu verpflichten, der eine gediegene Durchführung des anspruchsvollen Unternehmens gewährleistet. Der erste Abend verlief durchaus würdig und leuchtete den kommenden Vorstellungen als schöne Verheißung voraus. Das will schon etwas heißen. Denn das „Rheingold" ist zwar das kürzeste der vier den „Ring" bildenden Musikdramen, allein es fordert, ganz abgesehen von den zu bewältigenden bühnentechnischen Schwierigkeiten, eine große Zahl tüchtiger Mitwirkender, die ihren Aufgaben nach menschliches Maß übertragen sollen. Auch mit reichen Mitteln beschickte Bühnen gerieten da oft in Verlegenheit. Um so höher läßt sich als bewerten, was in unserm Theater gestern ermöglicht wurde. Da auch ein fremder Kapellmeister berufen ist, je erwachten die Vorstellungen sozusagen aus völlig neuen Grundlagen. Aus der Leitung Fritz Reiners ging jedoch bereits am ersten Abend hervor, daß man ihr mit bestem Vertrauen folgen darf. Der Dresdener Kapellmeister ist eine künstlerische Persönlichkeit, die sich durchzusetzen weiß und willenskräftig zugreift. Er hält die Fügel so straff, daß dem Sänger kaum Gelegenheit bleibt, irgendwelchen Sonderneigungen zu frönen. Frische Zeitmaße und straffte Rhythmik gehen bei ihm Hand in Hand mit sorgfältiger Pflege beredten Ausdrucks. Glänzend sind die Steigerungen angelegt. Immer strömt von seinem Pult jenes geheimnisvolle Etwas aus, das die Seelen der Mitwirkenden unterwirft und die zwingende Macht des Gesamteindrucks bedingt. Das Orchester traffe sich unter Fritz Reiners Stabe zu bemerkenswerten Taten auf. Vorzügliches wurde meist von der Bühne her geboten. Friedrich Plaschke trifft die Hoheit und Würde Wotans vollkommen. Sein quellender, von Fülle und Schönheit strotzender Bariton ist ihm dabei eine zuverlässige Stütze. Wie mejenseckt Ernst Possony den habgierigen Alberich ausarbeitet, ist bereits früher geschildert worden. Fritz Vogelstrom gestaltet den Loge aus genauester Beachtung der Partitur heraus. Ueberlegene geistige Beweglichkeit, spöttische Ironie haften ihm nicht bloß äußerlich an, sondern färben den stimmlichen Ausdruck ebenso wie die körperliche Gebärde. Der Gegensatz zu der Eigenart der beiden Riesen kam köstlich zur Erscheinung. Neben dem für Frauenschönheit schwärmenden Fasolt Georg Zottmayr, dem allerdings die lyrischen Anwendlungen im Ton nicht weich und biegsam genug gerieten, gelangte der finstere Fafner Hans Müllers durch gut durchdachte Auffassung zu voller Bedeutung. Mit echtem, sattem Altklang erfüllte Frieda Schreiber die schöne Szene der Erda. Ergänzend seien nochmals der Mime Eugen Alberts, die Frida Meta Touchys, die Freia Priska Aichs, der Froh Adolf Harlachers und der Donner Georg Westerhagens, der sich allerdings die letzten Noten schenkte, mit Anerkennung erwähnt. Die Rheintöchter — Elisabeth Schwarz, Anna Enghardt und Katharina Eichenberg — führten ihre anbequeme Aufgabe sehr aufmerksam durch. Daß die Götterburg während des ganzen Abends sichtbar ist, widerspricht Wagners Vorschrift und schwächt die Schlußwirkung ab. Im übrigen verdiente Leopold Sachses Bühnenwirkung viel Lob. Dr. W. Kaiser.

Apollotheater

Die Kölner Gäste, die gegenwärtig auf der Bühne des Apollotheaters zu Gaste spielen, brachten am Dienstag abend die dreiaktige Operette „Wiener Blut" heraus. Das Stück erinnert daran, daß das „Dreimäderlhaus"-Rezept öfter mit Talent versucht worden ist. Viktor Léon und Leo Stein in ihrem „Wiener Blut" haben ja nicht anders spekuliert als Henry Berté in seinem Schubert-Schmarren. Auch sie haben nur aus dem duftenden Blumengarten eines anderen die schönen Rosen abgepflückt und sie zu einem blühenden Strauß gewunden. Was von ihnen selbst rührt, ist ja nichts als das Land, das die Blüten zusammenhält, als der Text, der die eine Gesangsnummer mit der nächsten verbindet. Das Verfahren ist hier allerdings unschuldiger als in der operettenhaft bergröberten Schubert-Farce, weil in Strauß's Tanzweisen von Anfang an warmes Operettenblut pulsiert und die musikalischen Genien seiner eigenen Operetten zuoberst dem Walzerkönige huldigen. Dazu gibt die Komödie der Eheirrungen des Grafen Zedlau, so ernste der Spaß ist, einen unterhaltsamen, oft spaßhaften Hintergrund ab, auf dem sich die Melodienschätze des Lieblings der kurzgeschürzten Musen trefflich präsentieren.

Die Aufführung fand bei den gestrigen Zuhörern weit lauteren Beifall, als sie ihm bei der Kritik begegnen wird. Die Aufführung ist gewiß recht hübsch zu sehen, es wurde sehr schwungvoll gespielt und auch leidlich gesungen, doch alles in allem liefe sich vieles noch auf gehobenerer Kunststufe dargestellt denken. Was das Niveau der Aufführung vor allem drückt, ist die gar zu beschränkte Leistungsfähigkeit des Orchesters. Kapellmeister J. Meyer tut sichtlich sein Bestes, auch die Kapelle selbst müht sich im Schweiße ihres Angesichts, aber es langt halt net zua. Doch auch die einzelnen Gesangsleistungen lassen allerhand Wünsche offen. Abgesehen von Emmy Sturm (als Probiermamsell), der ein göttliches Temperament an manchen Klippen ihres Gesangsparts vorbeihilft, war eigentlich nichts so recht vollkommen unter dem Schnürboden. Weder Anni Collini-Senden (Gräfin Zedlau), deren gefanglicher Eindruck besonders unter dem Mangel an Anziehlichkeit in den Stimmregistern leidet, noch Josepp Wallbrück (Graf Zedlau), der Tenor des Abends, noch auch Herti Janowitz (Tänzerin), und Heinz Birneburg (Kammerdiener), sind stimmlich und gesanglich vorbehaltlos zu rühmen. Besser als das Ohr kam das Auge auf seine Kosten. Die darstellerischen Aufgaben wurden eigentlich durchweg trefflich gelöst. Und das war wohl auch, was dem vollen Hause so ausnehmend gefiel, daß es ohne Ablaß bei offener Szene applaudierte und verschiedene Gesangsnummern wiederholt hören wollte. Der schallende Beifall wurde durch reiche Blumenspenden bekräftigt. —r.

— **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, findet eine Aufführung von Sudermanns Schauspiel „Stein unter Steinen" in bereits bekanntgegebener Besetzung statt. Donnerstag „Der Ring des Nibelungen", 1. Tag „Die Walküre". Beginn pünktlich um 6 Uhr. Musikalische Leitung Kapellmeister Fritz Reiner vom Landestheater Dresden. Wotan Kammersänger Friedrich Plaschke, Dresden, Siegmund Kammersänger Fritz Vogelstrom, Dresden, Hunding Kammersänger Georg Zottmayr, Dresden. Brünnhilde Kammersängerin Henriette Rabbeder-Mottl, München, Sieglinde Lilly Hofgren-Waag, Berlin, Frida Kämmersängerin Frieda Schreiber, Leipzig. Freitag wird „Alt-Heidelberg" wiederholt. Sonnabend nimmt die Ring-Aufführung mit „Siegfried" (Anfang pünktlich um 6 Uhr) ihre Fortsetzung. Für Sonntag abend ist eine Aufführung von „Die Rose von Stambul" angesetzt. Sonntag nachmittag wird als Volksvorstellung bei ganz kleinen Preisen „Die Haubenlerche" von Wildenbruch gegeben.

Provinz Sachsen

— **Querfurt,** 15. Juli. (Der Kreistag) hat folgende Beschlüsse gefaßt: Der Kreis Querfurt beteiligt sich an der Kraftwagenverkehrsgesellschaft m. b. H., Sachsen-Anhalt, mit einer Stammeinlage von 20 000 Mark. Ferner beschloß der Kreistag die Eintichtung eines Mietseinigungsamtes für den ganzen Kreis Querfurt, mit Ausnahme der Ortschaften, in denen bereits ein Einigungsamt besteht. Auch wurde beschlossen, über den 1. Juli d. J. hinaus Mittel des Kreises zur Bezahlung des Kreis-Arbeiterrates nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Als Entschädigung an die Mitglieder des Kreistages und Kreisausschusses für die Teilnahme an den Sitzungen wurden festgesetzt: 15 Mark Tagegeld und als Reisekosten von über 2 Kilometer bis zu 6 Kilometer Entfernung 2 Mark, und von über 10 Kilometer Entfernung 3 Mark.

= **Schafstädt,** 15. Juli. (Die Stadtverordnetenvorsteher) haben in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die rote Fahne, die seit Beginn der Revolution den Rathausturm ziert, weiter im Winde stolz flattern zu lassen.

t. **Oxelblunzg,** 15. Juli. (Ein Kreisverband landwirtschaftlicher Genossenschaften) ist hier auf Anregung des Provinzialverbandes in Halle gebildet worden. An den diesbezüglichen Verhandlungen beteiligten sich 8 von den 11 im Kreise bestehenden Genossenschaften. Nach einem ausführlichen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907162-19/fragment/page=0005

den Vortrag von Dr. Müller-Halle wurde die Gründung einstimmig beschlossen und der Vorstand gewählt.

n. Köthen, 16. Juli. (Die anhaltischen Fleischerinnungen) tagten dieser Tage im „Hotel zur Weintraube", um zu der Ablehnung der von ihnen geforderten Erhöhung der Fleischpreise Stellung zu nehmen. Die Teilnehmer an der Versammlung des Beirats des Landesernährungsamtes erklärten, ist dieser nicht aus sachlichen Gründen zu der Ablehnung der Preiserhöhung gekommen, sondern mit Rücksicht auf die Stimmung der Massen. Die dem Vorsitzenden, Dr. Richter, selbst aufgestellten Berechnungen ergaben einen Selbstkostenpreis von 2.69 Mark für ein Pfund Rindfleisch, während die Fleischer es für 2.40 Mark verkaufen müssen. Beschlossen wurde, einer vom Landesernährungsamt gegebenen Anregung nachkommend, einen Einheitspreis für Rindfleisch von 2.69 Mk. zu fordern. Eine Kommission, bestehend aus Mitgliedern der Dessauer Innung und dem Handwerkskammersekretär Dr. Reichel soll die Wünsche der Fleischer dem hiesigen Landesernährungsamt nochmals vortragen.

— Pößneck, 15. Juli. (Streik.) Die hiesigen Textilarbeiter traten heute in den Ausstand, da ihnen die geforderte Teuerungszulage von monatlich 80 Mark, die in den übrigen Städten des Sächsisch-Thüringischen Webereiverbandes schon seit zwei Monaten gezahlt wird, bisher nicht gewährt wurde. Es kommen bei dem hiesigen Streik über 1000 Arbeiter in Frage.

y. Nordhausen, 15. Juli. (Der neue Haushaltsplan.) In ihrer letzten Sitzung haben unsere Stadtverordneten den städtischen Haushaltsplan für 1919 festgestellt, der in Einnahme und Ausgabe mit 4 630 000 Mk. (gegen das Vorjahr mit einem Mehr von 60 Prozent) abschließt. Zur Deckung des Mehrbedarfs wurde die städtische Einkommensteuer um 55 Prozent (von 205 auf 260 Prozent der Staatseinkommensteuer), die Grund- und Gebäudesteuer um 85 Prozent (von 195 auf 230 Prozent) und die Gewerbesteuer von 195 auf 230 Prozent ihres Ertrags erhöht. Die Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen bis 1500 Mk. wurden von der städtischen Einkommensteuer befreit; der dadurch entstehende Steuerausfall von 77 000 Mk. wird aus den Ueberschüssen aus den Vorjahren gedeckt. Die städtischen Lehrpersonen erhalten Ortszulagen im Gesamtbetrage von 70 000 Mk. Die Volksbochschule ist beschlossen und ihre Ausgestaltung wird jetzt vorbereitet.

— Meiningen, 14. Juli. (Zur Großthüringer Frage.) Der Verband selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender und selbständiger Handwerksmeister Meiningens hat zu der Frage Großthüringen die Entschließung gefaßt, daß falls ein Zusammenschluß der Thüringer Staaten mit Eingliederung großer preußischer Gebietsteile nicht zustandekommt, der Anschluß an Preußen unter Belassung von Meiningen als Sitz einer Regierung für Südthüringen zu betreiben ist.

— Weimar, 16. Juli. (Landes-Musikschule.) Professor Bruno Hinze-Reinhold ist von der Regierung des Freistaates Sachsen-Weimar-Eisenach für eine weitere Reihe von Jahren als Direktor der Landes-Musikschule (vorm. Großherzogl. Musikschule) zu Weimar verpflichtet worden, nachdem die gesamte Lehrerschaft und die Schüler in einstimmigen Petitionen an den Landtag sein Bleiben dringend gefordert hatten.

Kleine Nachrichten

Weitere Verleihung von Kriegsauszeichnungen. Der Petitionsausschuß der Nationalversammlung hat sich für weitere Verleihung Eiserner Kreuze an die zurückkehrenden Kriegsgefangenen ausgesprochen. Es wurde auch der Wunsch ausgesprochen, die kurz vor Ausbruch der Revolution zur Auszeichnung vorgeschlagenen Soldaten noch zu berücksichtigen, die schwere Tage bei den Rückzugskämpfen im Oktober durchgemacht hätten. Der Ausschuß sprach sich auch für Verleihung einer Ehren-Denkmünze an alle Kriegsteilnehmer aus und für die Weiterverleihung der Landwehrdienstauszeichnung.

Schadenersatzansprüche infolge beschleunigter Räumung der früheren besetzten Gebiete. Durch die Waffenstillstandsbedingungen erfolgte die Räumung von Belgien und Polen in so überstürzter Weise, daß viele Beamte und Beamtinnen ihre ganze Habe zurücklassen mußten. Es wird darüber Klage geführt, daß die Ersatzansprüche bisher noch nicht erledigt sind und meist kein Erfatz bewilligt wird, sondern nur eine Unterstützung, die einen geringen Bruchteil der verlorenen Habe ausmacht.

Konflikte im Leipziger Arbeiterrat. Im Leipziger Arbeiterrat haben die Unabhängigen von 300 Sitzen 193 inne und diese zahlenmäßige Ueberlegenheit benutzt, sowohl das Präsidium wie auch den gesamten Hauptausschuß mit ihren Parteianhängern zu besetzen. In der letzten Sitzung führte dieses Vorgehen der Unabhängigen bereits zu einem scharfen Zusammenstoß mit den Mehrheitssozialisten und Bürgerlichen, deren Vertreter schließlich geschlossen die Sitzung verließen. Jetzt hat die mehrheitssozialdemokratische Fraktion des Arbeiterrats zu den Vorgängen in der letzten Arbeiterratssitzung nochmals Stellung genommen und einstimmig erklärt, daß sie solange ihre Mitarbeit einstellt, bis die Fraktion der U. S. P. für die Organisation des Arbeiterrats die Beteiligung aller Parteien im Verhältnis ihrer Stärke anerkannt. — Eine ähnliche Stellungnahme ist auch von den Fraktionsvertretern der bürgerlichen Parteien zu erwarten.

Zum Schutz deutscher Denkmäler. Die Thorner Ortsgruppe des Deutschen Offiziersbundes hat an den Magistrat die Bitte gerichtet, das Denkmal Wilhelm I. in feierlichem Akt aus der Stadt zu führen um es vor schmählichem Untergang zu schützen und nach dem Kaiserhäuser zu bringen, um dort besserer Tage zu harren. Auch für die Figuren Friedrichs des Großen und der deutschen Ordensritter an den Pfeilern des Eisenbahnviadukts, ebenso für die Plakette an der Bismarcksäule sind Schritte unternommen worden.

Deutsche Internierte aus Rumänien. Mit dem aus Rumänien heimkehrenden Lazarettzug 23 treffen demnächst 23 Offiziere vom Generalkommando 66, die in Temesvar interniert waren, ein, darunter die Generale Koch und Schoch.

Der erste holländische Dampfer in Hamburg. Der holländische Dampfer „Mars" ist am Montag mit einer Ladung Stückgut im Hamburger Hafen eingelaufen, als erster Holländer, der nach Aufhebung der Blockade ohne Kontrolle Hamburg angelaufen hat.

Blutige Zusammenstöße in Paris. „Populaire" berichtet, daß am Montag anläßlich des Nationalfestes die Kriegsbeschädigten von der Föderation vier Kränzen sich nach dem Kirchhof Père Lachaise begeben wollten, um Kränze an den Gräbern der Gefallenen niederzulegen. Polizei habe den Zug angegriffen, ebenso an einer anderen Stelle einen Zug von etwa 250 Kriegsbeschädigten. An beiden Stellen hätte es Verwundete gegeben.

Amerikanische und englische Waren in den Niederlanden. Die Niederlande sind jetzt mit amerikanischen und englischen Waren derart überschwemmt, daß die Gefahr gegenseitiger Unterbietung und gewaltiger Preisstürze besteht.

Eine große Explosion hat sich heute morgen in Hohenschönhausen ereignet. Zwei Schuppen der Deutschen Werkhüttengesellschaft in der Freienwalder Straße, die Münzengünder und andere Sprengstoffen enthielten, sind infolge eines Brandes in die Luft geflogen. Die Wirkung war so stark, daß im Umkreis von mehreren Kilometern die Fensterscheiben zertrümmert wurden. Nach den bisherigen Feststellungen sind Menschenleben nicht zu beklagen. Die Wache von 6 bis 8 Köpfen wird vermißt. Die Explosion ist allem Anschein nach auf Brandstiftung zurückzuführen.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Zum Abbau der Zwangswirtschaft

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern hat sich in ihrer letzten Sitzung eingehend mit dem Abbau der Zwangswirtschaft befaßt und für die praktische Durchführung beachtenswerte Richtlinien gezogen. Auch sie vertritt die Ansicht, daß der Abbau nicht auf einzelnen kleinen Gebieten und radikal angefangen werden darf, sondern daß er auf der ganzen Linie sofort einsetzen, aber allmählich erfolgen müsse. Weiterhin wird betont:

1. Der Abbau hat zu bestehen nicht in einer Organisation oder sonstigen Aenderung derjenigen Stellen, welche den Zwang ausüben, sondern in der Beseitigung des Zwanges selbst. 2. Es ist zunächst Selbstversorgung im weitesten Umfange auch für diejenigen zuzulassen und zur Pflicht zu machen, welche Nichterzeuger sind. Wenn nötig, sind geeignete Haushaltungen aus der Reihe der Versorgungsberechtigten zu prüfen und in die Zahl der Selbstversorger einzureihen. 3. Der für den Rest der Versorgungsberechtigten verbleibende Bedarf wird unter Berücksichtigung der Abgabefähigkeit der einzelnen Wirtschaften zu Höchstpreisen umgelegt. Alle übrigen Erzeugnisse bleiben frei von Höchstpreisen und Bewirtschaftung. 4. Aufzuheben, und zwar sofort und völlig frei ist die Bewirtschaftung von Hafer, Gerste, Hülsenfrüchten, Gemüsen, Fischen und Wild. Abzubauen ist die Zwangswirtschaft sofort bei Milch, Butter und Fleisch in der Weise, daß nur die Notversorgungsberechtigten einstweilen noch aus der öffentlichen Hand versorgt werden. 5. Abbau und Aufhebung der Zwangswirtschaft müssen sich gleichzeitig auf die Einfuhr von Nahrungs-, Futter- und Düngemitteln erstrecken. 6. Die Ausgabe der Deputate an die Landarbeiter ist wieder in vollem Umfange zuzulassen. 7. Den landwirtschaftlichen Genossenschaften sind beim Abbau Vorteile zu gewähren, welche es dem Landwirt als einen Vorteil erscheinen lassen, der Genossenschaft anzugehören.

Diese Forderungen sind sorgfältig begründet worden. Weiterhin hat die Landwirtschaftskammer Gesichtspunkte aufgestellt zur Besserung der Fleisch- und Fettversorgung.

Vom Schmachfrieden

Artikel 365.

(gekürzt).

„Auf die Güter, die aus den Gebieten der alliierten und assoziierten Mächte kommen und nach Deutschland bestimmt sind (oder Deutschland im Transitverkehr passieren), finden auf den deutschen Eisenbahnen die günstigsten Bestimmungen Anwendung, die für Güter derselben Art gelten, welche auf irgend einer deutschen Linie befördert werden."

Die Tarife unserer Staatsbahnen zeigen eine große Mannigfaltigkeit und sind zum Teil, um irgend eine Industrie, auf der der Wohlstand eines Landstriches beruht und die sich gegen die Konkurrenz schwer behaupten kann, zu unterstützen, sehr niedrig gehalten. Ein solcher Ausnahmetarif kommt nun auf allen Bahnen gleichartigen Waren der alliierten und assoziierten Mächte zugute, zum Schaden der Einnahmen unserer Eisenbahnen und auch zum Schaden unserer Industrie.

Geldmarkt und Banken

Für den Handel in ausländischen Zinsscheinen gelten jetzt folgende Grundsätze: Als lieferbar gelten Zinsscheine, die kleine Verletzungen, Schnitte oder Risse aufweisen, welche die Nummer und wichtige Teile des Wortlautes ungestört erkennen lassen, sofern nicht zu befürchten ist, daß bei der Bearbeitung der Zinsscheine das abgerissene Stück vollständig abgetrennt wird. Durch Kleben solcher Zinsscheine mit durchsichtigem Papier wird die Lieferbarkeit nicht beeinträchtigt. Ausgeschlossen von der Lieferung sollen solche Zinsscheine sein, bei denen ein wesentliches Stück vollständig abgetrennt und durch Kleben wieder angeheftet wurde. Die Nichtlieferung von Zinsscheinen, gegen deren Lieferbarkeit Einwendungen erhoben werden, muß bis zum zweiten Börsentag, mittags 1 Uhr, nach erfolgen. Die Lieferbarkeit wird nicht beeinflußt, wenn ein Zinsschein mit nur einer Nummer in Bleistift (nicht Tintenstift) beschrieben ist. Alle Beträge gelten als zirka. Die Schwankungen über oder unter dem gehandelten Betrag sind im einzelnen auf 2 bis 5 Prozent festgesetzt worden. Für verlostete Rumänen beträgt der Umrechnungskurs 81. Bei Geschäften in verlosten Victoria Falls entspricht der beschlossene Betrag dem Nennbetrag, während die Umrechnung zu 110 erfolgt. — Da der am 1. Juli 1919 fällig gewesene Zinsschein zu Budapester 4½prozentiger Stadtanleihe von 1914 vorläufig nicht eingelöst wird, versieht sich der Handel in diesen Wertpapier mit Zinsberechnung vom 1. Januar 1919 einschließlich des am 1. Juli 1919 fällig gewesenen Zinsscheins.

Die Aufhebung der Devisenordnung ist am 2. Juli in einer Sitzung der beteiligten Ministerien beschlossen worden. Voraussetzung dabei war, daß die Warenein- und -ausfuhr weiter nach bestimmten Gesichtspunkten einheitlich geregelt bleibt. Die Ablehnung der bisher im Reichswirtschaftsministerium beabsichtigten Planwirtschaft durch das Kabinett scheint nun — nach einer amtlichen Mitteilung — für die Devisenordnung die Folgen zu haben, daß die Durchführung des erwähnten Beschlusses in Frage gestellt ist, da die Ablehnung der Planwirtschaft auch die im Reichswirtschaftsministerium vorbereitete Regelung der Wareneinfuhr unmöglich oder doch unsicher macht. Die Voraussetzung für die Aufhebung der Devisenordnung war damit wenigstens für Wissel weggefallen.

Chinesische Anleihen in Holland. Vor kurzem kam die Mitteilung, daß der Amsterdamer Börsenvorstand vor Ankauf und Beleihung der Tientsin-Pukow und der Hukuang-Anleihe warnte, da die chinesische Regierung bei ihrem Eintritt in den Krieg den Besitz deutscher und österreichischer Staatsangehöriger annulliert habe. Ausgenommen seien nur solche Stücke, deren Zinsscheine bis März 1919 von der Hongkong- und Shanghai-Bank in London beliehen worden sind. Diese Nachricht, die in deutschen Finanzkreisen Anzweiflungen begegnete, wird der „Frankf. Ztg." nunmehr telegraphisch bestätigt dahin, daß der Amsterdamer Börsenvorstand in den erwähnten Sinne wirklich Stellung genommen hat. Dennoch möchte die „Frankf. Ztg." vorerst bezweifeln, daß die chinesische Regierung nach dem jetzt vollzogenen Friedensschluß entschlossen sein könnte, einen so weitgehenden Schritt aufrecht zu erhalten, zumal darin eine außerordentliche Kurzsichtigkeit der chinesischen Regierung zum Ausdruck käme.

Industrie, Handel, Handwerk

Erhöhung der oberschlesischen Eisenpreise. Obwohl in der letzten Düsseldorfer Tagung des Stahlwerksverbandes von einer allgemeinen Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise abgesehen wurde, ist jedoch gelegentlich jener Tagung den oberschlesischen Werken mit Rücksicht auf ihre besonderen Verhältnisse und die außerordentlichen Verluste, welche sie an den bisherigen Verkaufspreisen erlitten haben, das Recht zugestanden worden, eine besondere Preisregulierung für Lieferungen von Oberschlesien in den Fertigerzeugnissen der Eisen- und Stahlindustrie vorzunehmen. Die Heraufsetzung der Preise wird bereits in den nächsten Tagen vorgenommen werden.

Die Liquidation der Kriegsgesellschaften. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst und sämtliche angeschlossenen Kriegsgesellschaften, insbesondere die Kriegsgesellschaften für Obstkonserven und Marmelade, gehen in Liquidation, da Obst und Gemüse nicht weiter bewirtschaftet werden. Hiermit verschwinden einige der ein stärkstes angefeindeten Hilfsgesellschaften, deren Maßnahmen öfters Anlaß zu Klagen gaben. Auch die anderen noch nicht in Liquidation befindlichen Kriegsgesellschaften werden, wie verlautet, in den nächsten Tagen den Liquidationsbeschluß fassen.

Eilenburger Kattunmanufaktur A.-G. In der Sitzung des Aufsichtsrats wurde beschlossen, der auf den 26. August einzuberufenden Generalversammlung bei reichlichen Abschreibungen die Verteilung einer Dividende von 5 Prozent gegen 6 Prozent im Vorjahre vorzuschlagen.

Die Kohlen- und Güternot in Sachsen. Die satsam bekannten schlimmen Folgen der durch Streiks und Minderleistungen hervorgerufenen allgemeinen Kohlennot, wozu neuerdings noch infolge Beschränkung des Güterverkehrs ein erhöhter Mangel an anderen Rohstoffen und Materialien getreten ist, haben in den letzten Tagen geradezu unerträgliche Verhältnisse geschaffen. Aus Plauen wird bereits die Einstellung der Stromabgabe seitens der städtischen Elektrizitätswerke gemeldet. Die Plauener Straßenbahn (der Sächsischen Straßenbahngesellschaft gehörend) kann nur noch während einiger Abendstunden verkehren. Die vogtländischen Blätter können wegen Papier- und Kohlenmangels am Montag überhaupt nicht erscheinen. Viele Fabrikbetriebe stehen bereits vor völliger Stillegung, wenn nicht in kürzester Frist eine Aenderung eintritt.

Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf. Nach einer Meldung sind die Kesselschmiede beim Lokomotivbau in den Ausstand getreten. Sie fordern einen Stundenlohn von 3,50 Mk., während sie jetzt einen solchen einschließlich der akkordmäßigen Arbeit von 3,80 Mk. haben. Die Forderung wurde von der Firma abgelehnt. Sie ist hierdurch gezwungen, innerhalb der nächsten 14 Tage den Betrieb stillzulegen.

Die Ueberschätzung der Stapelfaser. Interessante Ausführungen enthält der erste Geschäftsbericht der im vorletzten Kriegsjahre als Tochtergesellschaft der Vereinigten Glanzstoffabriken Akt.-Ges. in Elberfeld gegründeten Bayerischen Glanzstoff-Fabrik Akt.-Ges. in München über die Aussichten der Stapelfaser, die während des Krieges große Hoffnungen auf einen vollwertigen Baumwollaserersatz aufkommen ließ. Der Vorstand berichtet: Der Umstand, daß der Verbrauch der Stapelfaser wesentlich davon abhängig sein wird, in welchem Umfang und zu welchen Preisen Deutschland nach Friedensschluß wieder mit Wolle und Baumwolle vom Ausland versorgt werden kann, sowie die zutage getretene Ueberschätzung der Stapelfaser und die vielen, die Erbauung von Stapelfaserfabriken verfolgenden Projekte legen der Verwaltung besondere Vorsicht auf bei Entscheidung der Frage, ob und in welchem Umfang die Gesellschaft die ihr gesteckten Ziele weiter verfolgen solle. Bevor die Verhältnisse sich nicht weiter geklärt haben, lasse sich nicht übersehen, ob die Verwaltung die Zukunft des Unternehmens, wie bisher beabsichtigt, auf die Stapelfaser oder auf einen anderen Fabrikationszweig stützen solle; sie werde zunächst in einer abwartenden Haltung verharren.

Friede und Schiffahrt. Der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Huldermann, untersucht, nach welchen Gesichtspunkten eine Entschädigung der deutschen Schiffahrt für die Enteignung der Schiffe bemessen werden müsse. Er kommt hierbei zu dem Ergebnis, sie müsse uns die Möglichkeit geben, uns Schiffsmaterial zu beschaffen, und zwar sehr prompt. Das könne nur durch Ankauf oder Charterung im Auslande geschehen, und wir müßten dazu, entsprechend unserer schlechten Valuta, um ein Vielfaches höhere Geldmittel aufwenden, als in früheren Zeiten nötig waren. Außerdem aber müsse die Entschädigung uns die Möglichkeit geben, einen erheblichen Teil unseres Personals zu behalten und nach und nach in praktische Arbeit wieder zu überführen. Es sei unser Interesse, das möglichst rasch zu tun, aber auch ein Interesse der deutschen Volkswirtschaft und des Deutschen Reiches. Zu hoffen sei, daß ein Wiedererstarken unserer Handelsflotte auch der deutschen Schiffbauindustrie wieder Vorteile zuführen wird. „Die Verhältnisse liegen freilich so, daß wir wohl die ersten Schiffe im Auslande erwerben müssen, im übrigen glauben wir aber, daß bei aller Zerfahrenheit in der Werftindustrie die Arbeiterschaft doch schließlich einsehen wird, daß sie wieder zu einer vernünftigeren Auffassung zurückkehren muß, um nicht den Zweig abzusägen, auf dem ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft in der Vergangenheit seinen Sitz gefunden hat und wo auch noch Platz genug für die Zukunft ist. Nur Einsicht und Ueberlegung können zu gesunden Verhältnissen führen. Die Regierung hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß diese Einsicht überall, wo sie jetzt fehlt, recht bald Einkehr halten möge. Im übrigen aber werden Regierung und Nationalversammlung darauf achtgeben müssen, daß alle die Unternehmen in Deutschland, die geeignet sind, unsere wirtschaftliche Zukunft wieder aufzurichten, mit allen Mitteln der Staatshilfe wieder werkfähig gemacht werden."

Gewinn-Auszug
der
14. Preuss.-Südd. (240. Preuss.) Klassen-Lotterie

1. Klasse — 1. Ziehungstag — 15. Juli 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die beiden gleichen Nummern in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 50 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 50000 M 50630
2 Gewinne zu 10000 M 10767
2 Gewinne zu 5000 M 52545
4 Gewinne zu 500 M 70637 185953
4 Gewinne zu 400 M 7408 44137
6 Gewinne zu 300 M 108129 111508 188049
28 Gewinne zu 200 M 63148 69208 74533 98698 104403 107379 129647 139177 149989 182002 173326 174090 184217 208529 209401 172198 173177 174008 177112 183449 190989 193509 200169 208573 207840 210610

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 50 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 50000 M 42690
2 Gewinne zu 5000 M 163854
2 Gewinne zu 1000 M 102879
4 Gewinne zu 500 M 56352 121314
8 Gewinne zu 400 M 185913 194579 198836 203012
14 Gewinne zu 300 M 139474 144261 146904 149938 185340 187019 212138
54 Gewinne zu 200 M 5290 11542 26745 38668 38346 54515 66899 70837 75136 94131 119056 133410 136363 159386 169278 191670 205149 76 Gewinne zu 100 M 3091 15030 37747 38106 54664 64235 66891 70236 83794 87700 89646 92499 94218 99578 100898 108293 115080 120707 122597 123157 132046 146076 147818 151810 153407 158077 156746 158610 162808 173632 174699 182633 186671 192842 198832 193846 200332 200412

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907162-19/fragment/page=0006

„H. Z." Sportberichte

Sonntagsruhe und Leibesübung

Noch immer sind wir von der völligen Sonntagsruhe in Deutschland weit entfernt. Und doch brauchen wir sie heute notwendiger denn je. Der Sonntag soll nicht nur ein Tag der Ruhe und Erholung, sondern auch ein Tag der Kräftigung und Stärkung unserer Gesundheit sein. Beides ist organisch miteinander verbunden. Mit Nichtstun allein erfüllt der Feiertag seinen Zweck nicht. Zu der absoluten Ruhe von aller Arbeit muß des Sonntags ein Gegengewicht für die beruflichen Strapazen der Woche kommen. Die durch sitzende oder stehende Arbeit steif gewordenen Glieder müssen in Bewegung gebracht und den Atmungsorganen durch erhöhte Tätigkeit in größerer Menge frische Luft zugeführt werden. Ganz abgesehen von den ethischen Zwecken, daß der Mensch seine Freizeit im Interesse seiner Gesundheit verwendet, muß durch körperliche Betätigung ein Ausgleich für die schweren Schäden der beruflichen Tätigkeit geschaffen werden. Das kann der Mensch aber nur, wenn er spielt oder wandert, wenn er sportlich oder turnerisch tätig ist. Leider versündigen sich die meisten Menschen nach dieser Seite schwer, sie meinen, daß sie mit einem Spaziergang ihre Pflicht voll und ganz erfüllt haben. So nützlich und segensreich die gemächliche Wanderung des Sonntags zu einem Bierlokal der Umgegend sein mag, sie kann nun und nimmer die Aktionen ersetzen, die der Körper bei turnerischer oder sportlicher Betätigung erfüllen muß. So notwendig es also ist, daß alle Menschen recht viel frische Luft genießen, so notwendig ist es, die Funktionen unseres Körpers unter äußerer Einwirkung zu erhöhen. Und das geschieht nur, wenn der Körper fleißig bewegt wird, mehr oder anders, wozu ihn sonst seine Arbeit verpflichtet. Nun sind viele Menschen durch ihren Beruf gar nicht in der Lage, sich irgendwie des Sonntags betätigen zu können. Man denke an Kellner, Musiker, Barbiere, Kaufleute, viele Beamte, Fahrpersonal usw. Wenn auch ein ganzer Teil von ihnen des Nachmittags frei ist, so muß doch bemerkt werden, daß diese Zeit nicht genügt, unter großen Gesichtspunkten Sport treiben zu können. Reisen zu diesem Zwecke nach auswärts — und ohne die geht es im Sport nun einmal nicht ab — sind bei den meisten unmöglich. Man wird einwenden, daß ihnen gewisse Tage in der Woche dann zur Verfügung stehen. Das nützt ihnen nichts, denn dann können die anderen wieder nicht und so stehen sie abseits von dem geregelten Sportbetrieb, der sich, natürlich noch auf den Sonntag konzentriert. Der Wochentag kann ihnen das nicht ersetzen, was der Sonntag als freier Tag den meisten Menschen ist. Wir müssen dazu kommen, daß die völlige Sonntagsruhe restlos durchgeführt wird.

Wenn es uns zunächst auch schwer fallen wird, Sonntags noch auf mancherlei Bequemlichkeiten zu verzichten (offene Läden, Restaurants usw.), der Segen der allgemeinen Sonntagsruhe ist so gewaltig, daß alle Bedenken verstummen sollten. In England und Amerika hat sich der Zwangsfeiertag glänzend bewährt. Auch in Deutschland wird in manchen Städten die Sonntagsruhe viel schärfer gehandhabt als in Halle. In Kassel und Kiel z. B. sind selbst die Barbierläden des Sonntags geschlossen und ich habe nicht gefunden, daß die Kasseler oder Kieler Herrenwelt des Sonntags einen unrasierteren Eindruck gemacht hätten als unsere hiesigen männlichen Bewohner. Man führe endlich die allgemeine Sonntagsruhe ein, damit allen Menschen Gelegenheit gegeben ist, für ihren Körper das tun zu können, was dieser nach aller anstrengenden Arbeit zur Auffrischung seiner Nerven, zur Stärkung seiner Organe und Muskeln braucht. Außerdem ist es eine soziale Tat, wenn der Mensch nicht außerhalb der sonstigen Gesellschaftsordnung bleibt und sich eingliedern kann in das Tun und Treiben seiner übrigen Mitmenschen.

Hans Hädicke.

— **Der Sportlehrer-Kursus im Stadion, der am 21. Juli beginnt,** hat 37 Teilnehmer aus ganz Deutschland aufzuweisen. Im Ausbildungsplan sind neben der Ausbildung im Turnen, in der Leichtathletik, den Hilfsübungen und den Spielen, Vorführungen über Rudern, Schwimmen, Schwerathletik, Radfahren, Trockenskikurs, vorgesehen. Besichtigt werden die Militär-Turnanstalt in Wünsdorf und die Berliner Sportplätze. Vorträge halten die Sportlehrer Abraham, Angermeyer, Dört, Schaer, Schelenz, die Aerzte Dr. Mallwitz und Dr. Bratz, Oberlehrer Schneider, Steputat, Runge und Generalsekretär Diem vom Reichsausschstuß, Hugo Borrmann von der Rudergesellschaft Wiking. — Eine Wiederholung des Lehrganges findet vom 18.—31. August statt.

— **Sportfest der Charlottenburger Turngemeinde.** Von den auswärtiger Teilnehmern konnte Dähnert-Magdeburg im 600-Meter-Laufen den Kriegsmeister Harder-Charlottenburger Turngemeinde schlagen und Förster-Magdeburg besiegte mit einem Hochsprung von 1,70 Meter.

Bunte Blätter.

Die neuen Briefmarken.

Endlich ein Lichtblick in dieser trostlosen Zeit! Es ist ein großes Verdienst der Reichsleitung, jetzt etwas Greifbares zur Wiederaufrichtung der bedrückten Gemüter getan zu haben. Wer die Ausbrüche ungetrübter Heiterkeit täglich miterlebt, die die Käufer beim Anblick der neuen Freimarken an den sonst so langweiligen Postschaltern ergreift, wird mir recht geben. Wohltuend fürs Auge ist es schon, daß zwei Marken zweifarbig gedruckt sind, braun und blau, grün und rot. Ein Farbenreigen! Ganz passend zur allgemeinen Tanzfreude und den sonstigen Verhältnissen, wo es jetzt so „bunt" hergeht in Deutschland! Zwar müssen solche Marken mit zwei Platten gedruckt werden, erfordern also doppelte Druckkosten, aber wir habens ja: Finanzminister Erzberger wirds schon machen. Und dann erst die Sinnbilder: Zunächst die Marke „Kohlstrunk". Es ist die 15-Pfennigmarke, die in sinniger Weise die gewaltige, unversiegbare Macht der Rede, die auf der Nationalversammlung zutage tritt, andeuten will. Immer neue Schößlinge treibt der Strunk. Sehr fein hat der Künstler diese mit Eichenlaub geziert, um das echt Deutsche dieses Kohls anzudeuten. Besonders artig ist das Schriftband: „Deuts-che National-vers-ammlung" mit zwei Schluß-s in der Mitte. Man soll sich einen „Vers" dazu machen! Ferner die Marke: „Es ist eine Lust zu leben." Das ist die 25-Pfennigmarke. Sie zeigt eine besonders feine künstlerische Spitze, sie muß verkehrt geklebt werden. Dann sieht man einen Mann, der vor Lust und Freude über die „Errungenschaften" der Revolution einen Purzelbaum schlägt, auf dem Kopf steht und sich mit den Beinen verwundert. Auf nicht geringerer künstlerischer Höhe steht die dritte Marke: „Kaktus". Es ist die 10-Pfennigmarke, die äußerst niedlich einen als Baum frisierten Kaktus zeigt. Sinniger und treffender konnten die ganzen Verhältnisse, unter denen die Nationalversammlung ihre ruhmvolle Tätigkeit entfaltet, gar nicht versinnbildlicht werden. Drum dem Künstler Ehre und Preis! Heil und Segen aber der Reichsleitung, insbesondere Herrn Postmeister Giesberts und Genossen, die durch ihre neckischen Bildchen uns so erfolgreich über den Ernst der Zeit hinwegzutäuschen sich bemühen.

Fast 50 000 Mark für einen Tisch. Bei der Versteigerung altfranzösischer Möbel in London wurden sehr hohe Preise gezahlt; den höchsten erzielte ein runder Mahagonitisch im Louis XVI.-Stil mit schönen Beschlägen und eingesetzten Plaketten aus Sevres-Porzellan, der für 2250 Guineen, was nach der Friedenswährung einer Summe von 48 375 Mark gleichkäme, verkauft wurde.

Der Geßlerhut. Auf der Rheinbrücke der Ludwigshafener Seite haben die Franzosen seit kurzem eine Art Geßlerhut errichtet. Die Schutzleute sind angewiesen, vor der französischen Fahne, die jeden Morgen hochgezogen wird, zu salutieren. Sogar die Schutzleute, die für Ordnung sorgen müssen, haben sich dieser Verordnung zu fügen. Heute wurde der Befehl gegeben, daß auch alle sonstigen Passanten diese Fahne grüßen müssen. — Das britische Kriegsgericht verurteilte eine Reihe von Personen, die anläßlich eines militärischen Aufzuges die britische Regimentsfahne nicht gegrüßt hatten, zu 150 Mark Geldstrafe. Für den Wiederholungsfall werden Gefängnisstrafen in Aussicht gestellt.

Vergessen Sie nicht, eine Tube Zahnpaste **Chlorodont** für Reise und Landaufenthalt mitzunehmen.

Wettervorhersage des amtlichen Wetternachrichtendienstes: Donnerstag: Zeitweise wolkig, vorwiegend trocken, tagsüber warm.

Die neue Europakarte erscheint in diesen Tagen. Bestellung nimmt schon heute entgegen die Geschäftsstelle sowie die Trägerinnen der Halleschen Zeitung Halle-Saale. **Preis Mk. 1.50.**

Beilage zu Nr. 343 der Halleschen Zeitung.

Amtliche Bekanntmachungen für den Saalkreis.

Halle a. S., den 16. Juli 1919.

Nachtrag

zu dem Regulativ zur Ordnung des Geschäftsganges und des Verfahrens bei den Kreisausschüssen und den an Stelle der Kreisausschüsse tretenden Behörden (Stadtausschuß, Magistrat) im Geltungsbereich der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 sowie zu dem Regulativ zur Ordnung des Geschäftsganges und des Verfahrens bei den Bezirksausschüssen vom 28. Februar 1884 (M. Bl. f. d. i. V. 1884 S. 84 ff.), § 17 beider Regulative erhält folgenden Zusatz:

Soweit in Verwaltungsstreitsachen, in denen eine Partei durch einen Bevollmächtigten vertreten wird, Zustellungen an die Partei selbst erfolgen, ist davon gleichzeitig dem Bevollmächtigten Mitteilung zu machen.

Berlin, den 22. April 1919.

Der Minister des Innern.
gez. Heine.

Bekanntmachung.

Der Saatenstand Anfang Juli 1919 im Regierungsbezirk Merseburg, Kreis: Saalkreis. Begutachtungs-Ziffern (Noten): 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel (durchschnittlich), 4 = gering, 5 = sehr gering.

Fruchtarten	Durchschnittsnoten für den Staat	Durchschnittsnoten für den Reg.-Bezirk Merseburg	Anzahl der von den Vertrauensmännern d. Kreises abgegeb. Noten: 1	1/2	2	2/3	3	3/4	4	4/5	5
Winterweizen	2,6	2,6	—	—	7	2	7	1	—	—	—
Sommerweizen	3,1	3,1	—	—	1	1	6	2	2	—	—
Winterspelz (Dinkel) auch mit Beimischung von Weizen u. Rogg.	2,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Winterroggen	2,7	3,6	—	—	7	2	6	1	—	—	—
Sommerroggen	2,9	3,3	—	—	1	—	—	—	—	—	—
Wintergerste	2,8	2,5	—	—	6	3	5	1	—	—	—
Sommergerste	2,8	3,1	—	—	1	2	9	4	1	—	—
Hafer	3,1	3,5	—	—	1	1	7	3	5	—	—
Erbsen	2,8	2,7	—	—	2	2	9	2	1	—	—
Acker-(Sau-)bohnen	3,1	2,2	—	—	1	—	2	—	—	—	—
Wicken	2,9	3,0	—	—	1	—	1	—	—	—	—
Kartoffeln	2,7	3,0	—	—	1	2	9	3	1	—	—
Zuckerrüben zur Zuckerfabrikation	3,0	3,2	—	—	1	3	5	3	4	—	—
Futterrüben (Runkeln)	3,1	3,2	—	—	2	2	6	1	4	—	—
Winterraps und -Rübsen	2,6	2,7	—	—	5	2	8	1	—	—	—
Flachs (Lein)	2,8	2,9	—	—	2	—	1	—	—	—	—
Klee, auch mit Beimischung von Gräsern	3,0	2,6	—	—	2	2	5	5	1	—	—
Luzerne	3,0	3,0	—	—	2	2	8	1	1	—	1
Wiesen mit Be- oder Entwässerungsanlagen (Rieselwiesen)	2,8	2,9	—	—	—	1	—	—	—	—	—
Andere Wiesen	3,1	3,0	1	—	—	1	9	1	4	—	—

Preußisches Statistisches Landesamt.

Bekanntmachung.

Gemäß § 125 der Kreisordnung und § 24 der Geschäftsanweisung für den Kreistag des Saalkreises vom 3. Dezember 1873 wird hiermit zur Kenntnis der Kreiseingesessenen gebracht, daß auf dem Kreistage am 2. Juli 1919 folgende Beschlüsse gefaßt worden sind:

1. Die stattgehabten Kreistagswahlen wurden für gültig erklärt.
2. Die Beschlußfassung über Beteiligung des Kreises an der zu gründenden Kraftwagengesellschaft mit einem Betrage von 10 000 Mark wurde vertagt.
3. In einem besonderen Wahlverfahren wurden zu Mitgliedern des Kreisausschusses des Saalkreises gewählt: Rittergutsbesitzer Kammerherr von Bülow-Dieskau, Korbmachermeister Sachse-Nietleben, Kaufmann Driebusch-Schönnewitz, Fräser Wolff-Radewell, Arbeiter Albrecht-Könnern, Amtsvorsteher Hähn-Ammendorf.
4. Ferner wurden Geschäftsführer Sattler-Bruckdorf, Kaufmann Wilsdorf-Gutenberg und Oekonomierat Hubbe-Kaltenmark als Mitglieder und Lagerhalter Röschel-Dachritz, Lagerhalter Sachse-Seeben und Landwirt Rengebohren-Wettin als stellvertretende Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission gewählt.
5. Als Entschädigung für die Kreistagsmitglieder für Teilnahme an den Kreistagssitzungen wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Abgeordneten, welche einen Satz von 15 Mark für ausreichend hielten, ein Satz von 20 Mark für den Kopf und Tag festgesetzt.
6. Die Einrichtung einer Niederdruck-Warmwasserheizungsanlage in dem Hause Louisenstraße 7 wurde grundsätzlich genehmigt.

Halle, den 14. Juli 1919.

Der Landrat des Saalkreises.
von Krosigk.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Pferderäude wird auf Grund der §§ 18 ff., insbesondere § 29 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt:

1. Sämtliche Pferde des Kreises werden einer amtstierärztlichen Untersuchung auf Räude unterworfen.
2. Der Zeitpunkt der Untersuchung wird durch die Ortspolizeibehörden näher bekannt gegeben werden, die auch die näheren Anordnungen hinsichtlich der Untersuchungen treffen.
3. Die Besitzer der Pferde sind verpflichtet, die Pferde zu der festgesetzten Zeit und an den festgesetzten Orten unbeschirrt vorzuführen oder zur Untersuchung bereit zu halten.
4. Mit der Unterstützung des Kreistierarztes bei den Untersuchungen ist Herr Tierarzt Dr. Kämpfer, z. Zt. Halle, beauftragt worden.
5. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen unter 3 sind nach § 74 oder § 76 des eingangs erwähnten Gesetzes strafbar.

Halle, den 14. Juli 1919.

Der Landrat des Saalkreises.
von Krosigk.

Bekanntmachung.

Die Gemeindebehörden werden hierdurch auf den im Regierungsamtsblatte Stück 27 S. 168 abgedruckten Ausführungserlaß des Finanzministers und des Ministers des Innern vom 17. d. M. über das Gesetz betreffend Gemeindebesteuerung im Rechnungsjahre 1919 besonders hingewiesen.

Halle, den 14. Juli 1919.

Der Landrat des Saalkreises.
von Krosigk.

Alle Formulare für Amts- und Gemeinde-Vorsteher, Schiedsmänner, Standesbeamte sowie für Fleischbeschauer, hält stets vorrätig **Otto Thiele, Buchdruckerei und Verlag,** Halle a. S., Leipzigerstraße 61/62.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907162-19/fragment/page=0007

Luxus- und Gebrauchs-Porzellane aus den Kgl. Fabriken **Meissen u. Berlin** sowie **Rosenthal-Porzellane** empfiehlt billigst **Louis Böker,** Leipzigerstr. 7.

Stellen-Angebote

Im Büro unserer Maschinen- u. Apparatefabrik findet Sohn achtbarer Eltern mit guter Schulbildung zum 1. Oktober 1919 Aufnahme als

Kaufmännischer Lehrling.

Schriftliche Bewerbungen mit kurzem, selbstgeschriebenem Lebenslauf an

Heime & Hans Herzfeld, Halle a. S.,
Mansfelder Straße 45.

Zum 1. Oktober od. früher wird für Glas-, Porzellan- u. Luxuswarengeschäft tüchtige, durchaus branchekundige

1. Verkäuferin gesucht.

Angebote mit Bild, Zeugnissen u. Gehaltsansprüchen unter **E. H.** an **Rudolf Mosse, Mühlhausen i. Thür.**

Suche landw. Mamsells, Köchinnen, Stuben-, Haus-, Küchen- und Alleinmädchen sofort und später.
Helene Sens, gewerbsmäßige Stellenvermittlerin, Leipziger Str. 32

Suche zum sof. Antritt eine tücht. Wirtschafterin, Mitte 40er Jahre, die einen kinderlosen Haushalt selbständig führen u. etw. Landwirtschaft versteht, bei hoh. Lohn. Spät. Heirat nicht ausgeschl. Angeb. an **Gottlieb Priestzsch, Bitterfeld,** Töpferwall 6.

Eine ältere

Mamsell

sucht zum 1. August d. Js. Rittergut **Hohenthurm** bei Halle (Saale).

Stellen-Gesuche

Elektro-Ingenieur

mit gut. Zeugn., langjähr. Leiter einer Elektro-Reparaturfabrik u. an ein selbständ. Arbeiten gewöhnt, 3 J. im Ausland tätig gewesen, erfahren in sämtl. vorkommenden Arbeiten der Elektromotoren-Branche, ferner Licht- u. Kraftanlagen für Hoch- u. Niederspannung, möchte sich verändern, auch als Leiter eines kl. Betriebes. Gefl. Angeb. unter E. 4096 an **Ann.-Exped. Ed. Elven, Solingen.**

Herrschaftsgärtner

42 J. alt, in allen Zweigen der Gärtnerei gründl. erf., sucht sof. od. 1. Okt. dauernde Stellung in Herrschafts- od. Gutsgärtnerei. Habe schon größeren Betrieben vorgestanden. Gefl. Angeb. erb. **R. Heß, Aue i. Sa.,** Schneeberger Str. 120.

Verkäufe

Infolge Verheiratung und Wegzugs von Halle sehe ich mich genötigt, mein

Kunstgewerbehaus

Große Steinstraße 11

zu verkaufen.

Elisabeth Jüttner geb. Pott.

Gasthof

mit Tanzsaal, Gesellschaftszimmer und Garten, mit leb. und tot. Inventar zu verkaufen. Off. erb. unt. Z. 1793 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Original Remy-Reisstrahlenstärke

in 2 kg-Paketen
1 Kiste mit 25 kg 800 Mk., 1 Ballen mit 50 kg 1575 Mk. gegen Nachnahme oder Affredierung solange Vorrat, **sofort ab Mannheimer Lager lieferbar.**
Rud. Ohliger, Kaiserslautern 27.

Stoppelrübensamen,

grünköpfige Ulmer, ungefähr 30 Zentner, auch in kleineren Mengen abzugeben gegen Höchstgebot.
Städt. Landgut Gimritz, Halle a. S.

Haus mit Laden

in Halle a. S. bei 10 000 Mk. Anzahlung zu verkaufen. Offerten erb. unt. Z. 1800 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

6½% Verzinsung!

Ein 4geschoss. einfach. Mietshaus mit 3geschoss. Seitengebäude in Halle in unmittelbarer Nähe der Kaserne ist sofort billigst für 52 000 Mk. zu verkaufen. Brandkasse 43 000 Mk. Taxe 81 000 Mk. — Vermittler verbeten. — Näheres durch Architekt **P. C. Kuster, Leipzig,** Steinstraße 55.

Für Mitgl. des Alpenvereins. Neue Bergschuhe, größe 41—43, zu verkaufen Burgstr. 19 p. l.

Anzug-, Kleider-, Unterrock-, Futter-, seidene Blusenstoffe u. Socken,

bezugscheinfrei, gibt Textilwaren-Fabrikation an Private in jeder gew. Meterzahl sehr preiswert gegen Nachnahme ab. Vorrats-Besmusterungen erf. gegen Anfrage unter Z. 161 an Rud. Mosse, Greiz.

Gut erhaltener

neuer Anzug

todesfallhalber billig zu verkaufen. **Hintze,** Dessauerstr. 16 part.

Gut erhaltene

Saloneinrichtung

(Satinnußb., grün. Plüsch) Tuchdekorationen, Stores, Teppich, elektrische Kronen Messing) zu verkaufen. **Pauly,** Harz 18 I.

Gelegenheitskauf

Vollständiges

Speisezimmer,

dunkel Eiche, Sofa mit Umbau, Büffet, Credenz, Zweizuattisch, echte Lederstühle, alles für 2600 Mk. verkauft

Friedrich Peileke,
Geiststraße 25.

Sofort jedes Quantum

Tischlerleim,

10 kg-Probekoll geg. Nachn. **Aug. Dieterichs, Bremen 10.**

3 reelle schwere

Arbeitspferde

verkauft sofort **Georgstr. 13.**

Für Landwirte!

Prima Bindegarne

in jeden Quantitäten sofort billig abzugeben.
Albert Ehrhardt, landwirtschaftl. Maschinen, **Halle a. S.,** Merseburger Straße 14.

Estrich- und Stuckgips

in Waggonladungen ab Station in Provinz Sachsen laufend abzugeben. Reflektanten sowie Höchstgebote u. **N. O. 1471** an Johann Friedr. Eilers Annonc.-Exp. Magdeburg.

Verschiedenes

Celluloidabfälle

sowie

Filmabfälle,

spez. Transparent, kauft jede Menge **Max Weinberg,** Hamburg, Kaiserinnenstr. 34.

Spatzen

geben eine herrliche Suppe und braten sich im eigenen Fett.
Tausende von Spatzen sind dabei, die Ernte zu vernichten.
Nationalgesinnte Deutsche werden zur Vertilgung dieser Räuber gesucht.
Näheres mündlich im Geschäftskommer.
Städt. Landgut Gimritz, Halle-Saale.

Tuchversand

Direkt ab Fabrik

Versand von

Damen- u. Herrenstoffen

für Anzüge, Paletots, Kostüme u. Kleider.

Nur **gute** Stoffe, **kein** Papierzusatz, **keine** Ersatzware. Musterversendung gegen Nachnahme von 3 Mark, welche bei Bestellung vergütet werden.

Luckenwalder Wollwarenfabrik
Joh. Asendorf,
Luckenwalde bei Berlin.

Statt besonderer Anzeige.

Am 14 Juli starb durch Unglücksfall mein geliebter Mann, unser treuer Vater, Bruder, Schwiegersohn und Schwager, der

Zivil-Ingenieur Eilert Fougner

im 52. Lebensjahre. In tiefem Schmerz

Dorrit Fougner geb. Kohlstruck
Björn Fougner
Erik Fougner
Hans-Jörgen Fougner
Harald Fougner
Eugénie Sassen geb. Fougner
Familie Kohlstruck.

Halle, Kristiania, Eisenach, den 16. Juli 1919.

Die Trauerfeier findet am Freitag, den 18. d. Mts., nachmittags 3 Uhr in der grossen Kapelle des Gertraudenfriedhofes statt, daran anschliessend die Einäscherung.

Am gestrigen Tage verschied bei Ausführung einer Berufsreise infolge Unglücksfalls der

Zivilingenieur

Eilert Fougner.

Der Verstorbene gehörte unserer Gesellschaft 19 Jahre in leitender Stellung, davon 12 Jahre als Teilhaber an. Wir verlieren in ihm einen durch aussergewöhnliche Tatkraft und umfassende Kenntnisse ausgezeichneten, seiner vornehmen Gesinnung wegen von uns hochgeschätzten Mitarbeiter. Wir beklagen seinen Heimgang aufs tiefste und werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Halle, am 15. Juli 1919.

Knoch & Kallmeyer,
Architekten und Ingenieure.
Otto Königer. Julius Kallmeyer.

Am 15. Juli entschlief sanft nach langer, schwerer Krankheit meine liebe, gute Mutter, Schwieger- und Grossmutter

Frau Ida Wendler

geb. **Beck**

im 82. Jahre ihres von hingebender, aufopfernder Liebe und tiefstem, nicht endenwollendem Leid erfüllten Lebens.

In tiefer Trauer

Anna Wendler
Elsbet Wendler geb. Rackwitz
Gertrud Wendler.

Halle a. S. (Steinweg 55), den 15. Juli 1919.

Die Beisetzung findet am Freitag, den 18. Juli, nachm. 3 Uhr auf dem Gertraudenfriedhofe statt.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute früh 8¼ Uhr rief Gott der Herr unsere inniggeliebte Schwester, Tante und Grosstante

Fräulein Franziska Rothe

im 74. Lebensjahre heim ins ewige Vaterhaus.

„Der Meister ist da und ruft Dich." Joh. 11, 28.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Elisabeth Jahr geb. **Rothe.**

Halle-Saale, den 15. Juli 1919.

Die Trauerfeier findet in der Kapelle des Diakonissenhauses am Freitag, den 18. Juli, um 2 Uhr nachm. statt.

Damen,

welche gern ein **gutsitzendes Korsett** tragen und Wert auf **prima-prima Stoffe** legen, finden solche in großer Auswahl in den Preislagen von **20,00—95,00 Mark** bei

H. Schnee Nachfolger,
Halle a. S., Gr. Steinstr. 84.

Hotels Kasinos Klubs Dielen Bars

usw. kaufen ihre **Zigaretten** am billigsten bei der Firma

Stets reichhaltiges Lager in rein orientalischen **Zigaretten.** Auf Wunsch **Vertreterbesuch.**

E. Max Röhler, Leipzig,
Telefon 8107. Kapellenstr. 3.

Zigaretten,

nur reine Ware, kaufe ich jeden Posten und erbitte bemusterte Offerte.

Max Hellenbruch, Cottbus.

Nervöse Schlaflosigkeit

wird behoben durch

Angloval

(Extr. Valerian. cpc.)
nur aus Pflanzenstoffen bereitet.
Preis: 4.—
Generaldepot: Hohenzollern-Apotheke,
Berlin W 10, Königin Augustastr. 50.
Telefon Lützow 133.
Zu beziehen durch jede Apotheke.

Angebot!

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen

ca. 150 Zimmer in einfacher bis ganz reicher Ausführung.

Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.
Inh. **Richard Ziemer,**
Halle a. S., Alter Markt 2.

Fruchtsaftpressen

für den Handbetrieb sehr billig.

C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Jalousien!

liefert und repariert mit Material bester Friedens-Qualität

Hönemann
Bauhof 1. Tel. 3631.

Louis Börner

: Werkstätten : für Raumkunst

Halle a. S., Leipzigerstr. 12
Fernsprecher 6122.
Komplette
Wohnungseinrichtungen und einzelne Zimmer
in gediegener Ausführung und sollten Preisen.
Antike Möbel.

Topfwaagen

für Obst- und Gemüseverkauf sehr billig.

C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Offeriere:

am. Schmalz,
per Pfd. Mk. 12.50.

amer. Speck,
per Pfd. Mk. 11.50.

französische Schokolade

in ½-Pfund-Tafeln, per Pfd. Mk. 18.—
freibl. ab Lager Darmstadt, gegen Nachnahme.

Ph. Lotz,
Darmstadt,
Elisabethenstraße 31.
Fernspr. 461.

Geldverkehr

An- u. Verkauf, Beleihung von Kriegsanleihen und aller sonstigen Wertpapiere.

L. Schönlicht, Bank-geschäft, Poststr. Stadt-Hamburg.

9—10000 M.

sof. 1. Hypothek auszuleihen. Off. erb. unt. W. F. postlagernd Ammendorf.

4000 M. Hypothek

auf Ackerhof gesucht. Offert. erbeten unter **Z. 1799** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlg. verleihen sofort **H. Blume & Co.,** Hamburg.

Bankhaus Paul Schauseil & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg.

An- und Verkauf von Wertpapieren. Einlösung von Zinsscheinen, Versicherung von Geldeinlagen Conto-Correnz- und Wechsel-Verkehr etc.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907162-19/fragment/page=0008

Landwirtschaftliche Wochenbeilage

der

Halleschen Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen

Halle-Saale, Mittwoch, den 16. Juli 1919

Entschließung

Die aus allen Teilen Deutschlands zahlreich beschickte Delegiertenversammlung des Schutzverbandes für Deutschen Grundbesitz, in dem über 500 000 Vertreter des seßhaften städtischen und ländlichen Grundbesitzes zusammengeschlossen sind, erhebt den entschiedensten Einspruch gegen alle Versuche, den Boden entweder unmittelbar oder auf dem Wege der Unterhöhlung durch übertriebene Besteuerung oder Vernichtung wertvoller Eigenschaften und Zubehöre in die öffentliche Hand überzuführen.

Solche Versuche bedrohen auf das schwerste die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. Unsere Nahrungsmittel- und Wohnungsversorgung erfordert heute mehr denn je den Fortbestand des Privateigentums am Boden. Nur auf der Grundlage des Privateigentums kann nach allen Erfahrungen das Höchstmaß von Leistungen erzielt werden, das auf allen Gebieten der Bodenverwertung unentbehrlich ist und trotz der entgegenstehenden großen Schwierigkeiten so bald als möglich erreicht werden muß, wenn nicht der Mangel an Nahrungsmitteln und Wohnungen zu einer Katastrophe führen soll.

Die Aufhebung oder Unterhöhlung des Privateigentums am Boden ermöglicht weder eine bessere, noch eine billigere Bedarfsversorgung. Sie ruft vielmehr Stockungen, Erschwerungen und Erschütterungen hervor, die ernstlich die Beschaffung und Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Wohngelegenheiten beeinträchtigen. Das kann von der deutschen Volkswirtschaft jetzt weniger denn je vertragen werden.

Die Ausschaltung des Privateigentums am Boden stellt die Bodenverwertung in den Städten und in der Land- und Forstwirtschaft in einen Widerstreit zwischen gemeinnütziger Benützung und fiskalischer Ausnutzung und belastet die öffentlichen Organe mit einem Uebermaß von Arbeit und Verantwortlichkeit und einem fast unübersehbaren Risiko.

Die rechtliche oder tatsächliche Aufhebung des privaten Bodeneigentums bedeutet in jeder Beziehung eine nicht wieder gut zu machende Verschlechterung der ganzen Lebenshaltung des deutschen Volkes.

Schon weil die uns von unseren Feinden auferlegten Lasten nach oben nicht begrenzt sind, und weil wir so viele Steuern unseren Einwohnern auferlegen müssen, wie der ärmste feindliche Staat, darf weder eine Vermögensnahme, noch eine Sozialisierung oder Verstaatlichung oder Einziehung des Grund und Bodens stattfinden.

*

Rinder-Tuberkulose-Bekämpfung

Das für die Dauer des Krieges eingestellte freiwillige Tuberkulosetilgungsverfahren ist durch Erlaß des Landwirtschaftsministeriums vom 22. April 1919 wieder eingeführt worden. Vor seiner Wiederaufnahme hat im Ministerium eine Besprechung mit den Leitern der bakteriologischen Institute der Landwirtschaftskammern stattgefunden, in der die Abänderungswünsche der Kammern besprochen worden sind. Nach dem Ergebnisse der Verhandlungen ist einer allgemeinen Verfügung des Landwirtschaftsministeriums vom 27. Mai 1919 zufolge u. a. bestimmt worden, daß für die Feststellung des Verdachts der Lungentuberkulose die Verdachtsmerkmale der Störung der Ernährung zunächst nicht fallen gelassen werden. Der Feststellung des klinischen Verdachtsmerkmales der Ernährungsstörung soll aber, namentlich unter den heutigen Fütterungsverhältnissen, wenn mäßige Ernährungsstörungen bei der Mehrzahl der Rinder festzustellen ist, eine ausschlaggebende Bedeutung nicht beigemessen werden. Aufgabe des Verfahrens muß es sein, die tuberkulösen Tiere in einem möglichst frühen Stadium der Krankheit zu ermitteln und auszumerzen. Zu diesem Zweck muß die Tötung oft auch dann schon herbeigeführt werden, wenn die Tuberkulose noch nicht so weit vorgeschritten ist, daß sie zu einer in die Augen fallenden Ernährungsstörung geführt hat.

Bei der Eutertuberkulose kann der Vergrößerung der zugehörigen Euterlymphdrüsen eine ausschlaggebende Bedeutung nicht beigemessen werden, vielmehr wird je nach Lage des Falles auch beim Fehlen dieses Merkmales beim Vorliegen der übrigen verdächtigen Erscheinungen der Verdacht der Eutertuberkulose als festgestellt angesehen werden können. Dies gilt besonders dann, wenn schon Tuberkelbazillen in der Milch nachgewiesen sind.

Zur Abkürzung der Untersuchungsdauer sowie zur Ersparung von Versuchstieren soll die Feststellung der Tuberkelbazillen in den Instituten der Landwirtschaftskammern möglichst schon durch den bakterioskopischen Befund angestrebt werden.

Wegen der sonst entstehenden hohen Kosten soll es vorläufig bei der Bestimmung verbleiben, daß die dem Verfahren angeschlossenen Herden jährlich wenigstens einmal einer klinischen Untersuchung zu unterwerfen sind. Es ist aber empfohlen worden, die Besitzer stark verseuchter Rindviehbestände möglichst zu einer zweiten Untersuchung im Jahre zu veranlassen.

Von der Vorschrift, daß sich die klinische Untersuchung auf alle Tiere im Alter von mehr als 6 Monaten zu erstrecken habe, ist schon im Jahre 1913 die Erleichterung zugestanden worden, daß bis auf weiteres die Untersuchung der Rinder im Alter von ½ bis zu 1 Jahr auf diejenigen Tiere, die dem Besitzer, dessen Stellvertreter oder dem untersuchenden Tierarzte bei der allgemeinen Besichtigung als verdächtig erscheinen, beschränkt werden kann. Die Untersuchung bei Zugachsen darf fortan ganz unterbleiben, sofern diese in einem besonderen Stalle untergebracht sind.

Reine Abmelkwirtschaften sind in das Tuberkulosetilgungsverfahren im allgemeinen nicht aufzunehmen, weil nach der Art des Wirtschaftsbetriebes ein dauernder Erfolg von dem Verfahren in diesen Wirtschaften kaum zu erwarten ist. Die Landwirtschaftskammern sollen jedoch befugt sein, auf Wunsch des Besitzers Ausnahmen von dieser Vorschrift zuzulassen, wenn es ihnen nach Prüfung der Verhältnisse im Einzelfalle zweckmäßig erscheint.

Die frühzeitige Trennung der Kälber von den Mutterkühen ist für die Tuberkulosetilgung von großer Bedeutung. Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ist aber, wie schon in dem Erlasse vom 2. Juni 1913 ausgeführt, zugelassen worden, daß die Kälber, soweit es zur Vermeidung von Kälberkrankheiten oder aus sonstigen wirtschaftlichen Gründen notwendig erscheint, nach der Geburt noch über die Frist von 2 Tagen hinaus einige Zeit bei den Mutterkühen belassen werden, z. B. um sie saugen zu lassen. Die Trennung der Kälber von den Mutterkühen hat jedoch möglichst frühzeitig, spätestens nach weiteren 14 Tagen zu erfolgen.

Erklärt ein Besitzer ungeachtet der Vorschrift, wonach ein Ausscheiden vor Ablauf einer Frist von 3 Jahren unzulässig ist, daß er aus dem Verfahren ausscheiden wolle, so sind die Beiträge von ihm für die fraglichen 3 Jahre weiterzuzahlen.

Bei der Durchführung des freiwilligen Tuberkulosetilgungsverfahrens ist von allen Beteiligten dafür Sorge zu tragen, daß das Verfahren vom Beginn der Untersuchung bis zur Tötung der Tiere möglichst beschleunigt wird. (Z. L.)

*

Dreschpreis. In der Hauptversammlung des Verbandes der Lohndreschmaschinen- und Dampfpflugbesitzer für Mitteldeutschland (Sitz Magdeburg) wurde der Dreschpreis für den Ausdrusch der Ernte 1919 den Teuerungsverhältnissen entsprechend auf: 12 M. für die Gestellung eines Dampf- oder Elektro-Dreschsatzes ohne Strohpresse, ohne Maschinist und ohne Kohlen, 15 M. für die Gestellung eines Dampf- oder Elektro-Dreschsatzes mit Strohpresse, jedoch ohne Maschinist und ohne Kohlen für 1 Dreschstunde festgelegt. Der Maschinist wird in allen Fällen mitgestellt, seine Berechnung erfolgt jedoch gesondert zu den Selbstkosten zuzüglich Versicherungslasten. Auf besonderen Wunsch gestellte weitere Arbeiter, Kohlen, elektr. Strom, Verpflegung, Bindegarn oder Bindekraht, sowie die Kosten etwaiger Transporte und auch der Miete des Dreschplatzes, falls ein solcher gestellt werden muß, werden zu den Selbstkosten gesondert berechnet, sind also in dem obengenannten Dreschpreis nicht mit eingeschlossen. Etwa erforderliche Wächter zur Bewachung der Maschinen, Scheunen und Diemen hat der Landwirt zu stellen und zu lohnen.

Frühdrusch. Wie das Preußische Landesgetreideamt in einem Runderlasse an die Herren Oberpräsidenten vom 16. Juni d. J. ausführt, hat an maßgebender Stelle die Absicht bestanden, von einer Wiederholung des Frühdruschverfahrens im laufenden Jahre grundsätzlich Abstand zu nehmen. Dies hat sich jedoch nicht als angängig erwiesen. Die Lage der Dinge zwingt vielmehr die maßgebenden Stellen, auch in diesem Jahre einen großen Teil der neuen Ernte möglichst frühzeitig zu erfassen, um die Brotversorgung für die Zeit des Ueberganges ins neue Wirtschaftsjahr sicherzustellen und von der Einfuhr möglichst unabhängig zu machen. Das Landesgetreideamt verkennt keineswegs, daß die Durchführung des Frühdrusches sich diesmal wesentlich schwieriger gestalten wird, als das in früheren Jahren der Fall gewesen ist. Fallen doch mancherlei Hilfen, die ehedem der Landwirtschaft geboten werden konnten, vollständig fort. Je weniger sich aber der Landwirtschaft Unterstützung gewähren läßt, desto mehr muß darauf gerechnet werden, daß sie in eingehender Weise über die dringende Notwendigkeit des Frühdrusches aufgeklärt wird.

Welcher Preis für das im Frühdruschverfahren zu gewinnende Getreide bewilligt werden wird, steht augenblicklich noch nicht fest. Das Landesgetreideamt hält es jedoch für nötig, darauf hinzuweisen, daß bisher die Frühdruschpreise nicht, wie das vielfach behauptet wird, zum überwiegenden Teile dem Großgrundbesitz zugute gekommen sind. Die von ihm vorgenommenen Ermittelungen haben vielmehr ergeben, daß in früheren Jahren die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe am Frühdrusch verhältnismäßig stärker beteiligt gewesen sind als die großen. Die Reichsgetreidestelle wird auch im laufenden Jahr bemüht sein, den Frühdrusch nach Kräften zu fördern. Ebenso hat sich auch der Herr Reichskommissar für die Kohlenversorgung bereit erklärt, einem jeden Versorgungsbezirk eine entsprechende Menge von Frühdruschkohlen zuzuweisen. Angesichts der bisherigen Erfahrungen wird allerdings besonders dafür gesorgt werden müssen, daß diese Kohlen auch ausschließlich für das Frühdruschgeschäft verwandt werden.

Warum die hohen Preise für Milchkühe? In der letzten Zeit sind für einzelne gute Kühe von Abmelkwirten bis zu 5000 M. gezahlt worden, also ungefähr der zehnfache Friedenspreis. Wenn man dabei berücksichtigt, daß solche Wirtschaften die Kühe meist nicht zulassen, sondern nach dem Abmelken zur Schlachtung verkaufen müssen, bleiben nur zwei Lösungen für diese rätselhaften Preise übrig. Entweder muß der Besitzer die Milch zu einem hohen Schleichhandelspreise verwerten können, und dieser Preis ist in Berlin in der letzten Zeit auf 5 Mk. für das Liter gestiegen, oder der Besitzer will die Kuh früher oder später im Schleichhandel zum Abschlachten verkaufen, so daß dann leicht mehr als 5000 M. erlöst werden. Wenn man annehmen wollte, daß die täglichen Futter- und Haltungskosten einer Kuh in der Großstadt für einen Schleichbetrieb 10 M. betragen, so sind dies 300 M. Ausgaben im Monat. Liefert die frischmilchende Kuh täglich 10 Liter Milch, so bringt die monatliche Milchmenge 1500 Mark ein; es bleiben also 1200 M. im Monat für die Amortisation der Kuh und sonstigen Kosten übrig. Das Geschäft ist also gar nicht so schlecht. Es scheint jetzt, als wenn immer mehr Kuhbesitzer aus der regulären Milchablieferung ausbrechen und ihre Vorteile in den steigenden Schleichhandelspreisen für Milch und Vieh suchen und finden. Die Folge davon ist, daß die Versorgung der Kinder und Kranken in den Städten und Industriegegenden zunehmend schlechter wird. Bei allen Nahrungsmitteln kann die Zwangsbewirtschaftung sich mit einem gewissen Ausfall abfinden, aber gerade bei der Milch ist der Verlust jeden Liters die Ursache für ein trauriges Los, das diese oder jene Familie betrifft; denn der Milchschleichhändler verkauft seine Milch nicht an arme kranke Leute und deren Kinder. Es ist dringend zu wünschen, daß gerade denjenigen amtlichen Stellen, welchen die Milcherfassung und -verteilung obliegt, von seiten der Regierung die schärfsten Machtmittel zur Verfügung gestellt werden, um weiteres größeres Elend verhüten zu können.

Zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Privatforstbeamten. Vor einiger Zeit ist durch die Tageszeitungen eine Mitteilung vom Zusammenschluß der mittleren Privatforstbeamten im „Neudeutschen Privatforstbeamten-Verein" gegangen. Dieser Verein steht auf dem Boden einer freien Gewerkschaft, nimmt also das Kampfmittel des Streiks für sich in Anspruch. Wer die Besonderheiten des Privatforstbeamtenstandes kennt, wird nicht darüber im Zweifel sein, ob er sich diesem Verein oder dem seit 1903 bestehenden „Verein für Privatforstbeamte Deutschlands" anschließen soll, der die Wahrnehmung und Pflege der Interessen aller Privatforstbeamten, also auch der verwaltenden, bezweckt und seine Geschäftsstelle in Eberswalde, Schillerstraße 45, hat. Nähere Auskunft über Zweck und Ziele des Vereins wird von dort bereitwilligst erteilt. Es sei darauf hingewiesen, daß der Verein die Forstschule in Templin Um. unterhält, in Verbindung mit der Landwirtschaftskammer Halle vom 15. Juli 1919 ab eine forstliche Fortbildungsschule in Neuhaldensleben eingerichtet hat, durch Lehrgänge von kurzer und längerer Dauer Möglichkeiten zur Weiterbildung auch älterer Forstbeamten schafft, Försterprüfungen abhält, Stellen nachweist und ein segensreich wirkendes Versicherungsamt eingerichtet hat, das unter Vorzugsbedingungen für seine Mitglieder gute Versicherungen jeder Art vermittelt. Die Mehrheit der deutschen Privatforstbeamten, insbesondere auch die unteren und mittleren, gehören, soweit sie organisiert sind, schon seit Jahren diesem Verein an. In der Form einer gut organisierten Arbeitsgemeinschaft von Waldbesitzern und Forstbeamten wird der „Verein für Privatforstbeamte Deutschlands" den diesem Stande eigentümlichen Verhältnissen am besten gerecht und bildet so eine umfassende und die wirksamste Standesvertretung aller deutschen Privatforstbeamten.

Reparatur-Werkstätten für elektr. Maschinen u. Apparate.

Ankerwickelungen Kollektorenbau.

Kurze Lieferfristen. — Mäßige Preise. —

Rast, Geiststr. 28.

Rittergut sucht für eigenen Dampfpflug ab Mitte Oktober Lohnpflugarbeiten auf größerer Besitzung, Gegend Halle, zu übernehmen. Offert. unter Z. 1788 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Noch ist es Zeit zur bevorstehenden Ernte zu bestellen.

Grasmähemaschinen mit Anhaublech
Getreidemähemaschinen
Bindegarn
Garbenbänder
Pferderechen — Handheurechen
Dreschmaschinen
Kartoffelerntemaschinen
Kartoffelsortiermaschinen
Rübenheber, Rübenschneider
Motorpflüge
Rud. Sacksche Ein- und Mehrscharpflüge

Schmidt & Spiegel

Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen

Telefon 6212 Magdeburger Str. 59—61. Gegr. 1886.

Bedeutend erweiterte, allen Ansprüchen gerecht werdende Reparatur-Werkstätten.

Ia. Wagenfett

zu Mk. 65.— pro Zentner netto, sowie alle Maschinen-, Motoren- u. Zentrifugenöle liefert preiswert

C. Schober, Oelgroßhandlung, Halle a. S.

Uebernahme von Lohnpflug-Arbeiten,

Schälen, Eggen, Grubbern, Mähen, Dreschen.

Hansa-Lloyd-Motorpflug-Vertrieb,

Halle a. S., Magdeburgerstr. 60.

Fernruf 5427.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907162-19/fragment/page=0009

Maschinenindustrie für Landwirtschaft

Georg Gassenheimer G. m. b. H.

Halle a. S., Forsterstr. 39,

empfehlen ihr reichhaltiges Lager in

Häckselmaschinen

für Hand- und Kraftbetrieb in verschiedenen Größen u. Ausführungen

Mässige Preise. Weitgehendste Garantie.

Verzinktes

Drahtgeflecht

(4-eckig und 6-eckig)

vollständige Einzäunungen.

Verzinkter

Stacheldraht

2,5 mm, eng besetzt, kg 1.60 M. (1 kg etwa 10 m).

Baumschützer

1 m hoch, 18 mm Durchm., aus stark. verz. Drahtgestell u. 1" verz. Geflecht, St. 3.60 M.

Strohpressendraht etc.

Stassfurter Metallweberei und Drahtwarenfabrik

Hermann Schulke Nachf.,

Fernruf 528. Stassfurt. Tränental 4.

Elektro-Motoren.

Drehstrom, 220/380 Volt, 1450 Touren, 1 Stück 23,1 PS, 2 Stück 20,4 PS, 2 Stück 17 PS, 1 Stück 12,92 PS, 1000 Touren, 2 Stück 2 PS Kupfer, 3 Stück 2,45 PS, 380/660 Volt, u. a. fl. Motoren sofort ab Lager lieferbar. — Besichtigung 7—3 Uhr.

Masch.-Fabrik Arthur Vondran,

Königstr. 58 **Halle a. S.** Telefon 1131,

Montagebüro Freyburg/Unstr., Markt 6. Telefon 188.

Garbenbänder und Bindegarn

gibt zu billigsten Tagespreisen ab

C. Zurhose, Strohseil- und Häckselfabrik,

Telephon Nr. 13. Gerbstedt. Bahnhof Nr. 8.

M. Gantzer & Co.

Fernruf 15883. Leipzig, Brandenburger Straße.

Anfertigung und Vertrieb von

wasserdichten Segeltuch-Planen

jeder Art und Größe.

Planen-Reparatur- u. Verleihanstalt

Pferdedecken, Futterbeutel, Tränkeimer

Billigste Preise! Schnellste Lieferung!

Millimors

die Idealbazillen zum Hervorrufen von tödlichen Seuchen und Massensterben bei

Ratten, Hausmäusen, Feldmäusen, Hamstern

Billig! Mk. 1.50 pro Röhre, einfache Handhabung!

In jeder Apotheke und Drogerie zu haben. Wo nicht erhältlich, wende man sich direkt an uns unter Hinweis auf dieses Angebot! Die Herstellung in eigenem Laboratorium durch Fachleute bürgt für die Güte des Präparates! Im Sommer 1918 bei der großen Mäuseplage im Elsaß durch verschiedene Behörden mit gutem Erfolge angewandt!

— Nachahmungen weise man zurück! —

Millimors chem. bakt. Laboratorium Karlsruhe, Herrenstrasse 15.

Vertreter gesucht.

---

1 Dampfgrubber

mit 9 bezw. 11 Zinken, für 16 bezw. 20 PS Dampfpflug passend, ferner **2 Wasserwagen**

zu kaufen gesucht. Eilangebote mit genauen Angaben an **W. A. Zenker,** Lohnpflug-Großbetrieb, Berlin-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Straße 17.

Dampf- und Motordreschmaschinen

In allen Grössen

Getreidemäher, Grasmäher, Heurechen, Schwadwender, Drillmaschinen

Walzen, Eggen, Kultivatoren, Pflüge, ein- und mehrscharig, Rübenheber, Kartoffelroder, Kartoffelsortierer, Jauchefässer, Jauchepumpen, Obstpressen, Häckselmaschinen sofort lieferbar

Witt & Krüger, Halle.

Reparaturen werden prompt und sachgemäss ausgeführt.

Lastkraftwagen-Aktiengesellschaft,

Telefon: 10156 **Leipzig** Plösner Weg 20/22

stellt Lastkraftwagen von 3 bis 5 to Tragfähigkeit mit Anhängerwagen zum Transport von Gütern aller Art.

Vermietung von Lastkraftwagen mit Führern für längere Zeit, auch nach auswärts.

Die verkürzte Arbeitszeit und der herrschende Arbeitermangel bedingt vermehrte Heranziehung von **Maschinen zur Ernte** und empfehlen wir deshalb ab Lager:

Getreiderechen	**Motorpflüge**
Gabelheuwender	Lokomobilen
kombinierte Heu- und Schwadenwender	Motor- und Dampfdreschmaschinen
Mähmaschinen	Strohpressen f. Garn u. Draht
Rübenheber	Höhenförderer
Kartoffelerntemaschinen	**Bindegarn.**

Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen

Central-Ankaufstelle

für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte

Halle/Saale, Merseburgerstr. 17/19. Tel. 7881.

Zweigstellen:

Halberstadt,	Nordhausen,	Zerbst,	Neuhaldensleben,
Königstr. 35. Tel. 192.	Bismarckstr. 4 b. Tel. 1873.	Bahnhofstr. 90. Tel. 408.	Bahnhofstr. 25. Tel. 362.

Billige Pferdegeschirre!

Neue, starke, lederne Arbeitsstielengeschirre

komplett (Halfter, Kreuzzügel, Halskoppel, Kettenzugstränge),

das Paar Mark 360.—

liefert, solange Vorräte reichen,

Landw. Lagerhaus, Neuburg a. D.

Telefon Nr. 63 und 72.

NB. Bei größerer Abnahme entsprechender Preisnachlaß.

Gelegenheitskäufe in DAIMLER-Lastwagen.

Wir haben einige 3—5 ton gebr. DAIMLER-Lastwagen, die in unseren eigenen Werkstätten vollständig durchrepariert, mit Garantie und kurzfristiger Lieferzeit freibleibend abzugeben.

DAIMLER-MOTOREN-GESELLSCHAFT,

HALLE a. S., Magdeburger Strasse 59, Fernsprecher 5767.

Der freihändige Verkauf von

Horn- und hornlosen Böcken

in hiesiger Merino-Fleischschafherde hat begonnen. Wagen steht bei vorheriger Anmeldung am Bahnhof Bitterfeld.

Louis Bauermeister jun., Gut Zicherndorf bei Sandersdorf, Bez. Halle.

Alle Ausführungen **Bönicke,** Leipzigerstr. 54 (Hofgebäude) am Riebeckplatz. Wiederverk. Rabatt.

Fein gemahl. Düngekalkmergel

Marke „Helka",

zirka 90—95 Proz., maschinenstreufähig, haben zur prompten oder späteren Lieferung noch abzugeben

Krüger & Co., G. m. b. H., Magdeburg.

Fernsprecher 8018.

Jagdwagen,

wenig gefahren, Fabrikat Gaede (Salle), ist zu verkaufen.

Rittergut Kalbsrieth. Telefon Artern 47.

Motorpflüge,

Hansa-Lloyd, W. D. u. Pöhl, prompt preisw. liefert. Albrecht, Halle S., Leipzigerstr. 7.

Reinigen, Umsetzen und Reparieren

sämtlicher Oefen führe sachgemäß aus.

Kachellager für neue Oefen.

Friedrich Rudloff, Töpfermeister,

Alter Markt 18. Fernsprecher 2844.

Zur Herbstsaat empfehle ich:

Original Lembkes Winterraps } Hochzucht der D.L.G.
Original Lembkes Winterrübsen } 100 kg 105 M.

Lieferung erfolgt in Käufers Säcken od. in neuen oder gebrauchten Säcken zum Selbstkostenpreis.

Malchow b. Kirchdorf i. Meckl. **H. Lembke.**

Klee, Wiesen- und Militzheu

offerieren waggonweise

Stadtmeister & Eggers, Magdeburg,

— Fernsprecher 5932. —

Roggen- u. Weizenstroh zur Häckselbereitung kauft laufend in größten und kleinen Posten gegen Kasse. Gefällige Angebote erbittet **Otto Traue,** Mühlenwerke und Häckselschneiderei, Holleben.

Frühkartoffeln

kauft jeden Posten und erbittet Angabe

Cl. Pforte, Halle a. S.,

Königstraße 75.

Zulass. z. Handel mit Frühkartoffeln Magdeb. 13. 6. 19 Nr. 3000.

Spedition

nach dem In- und Ausland

Lagerhäuser

12 000 □-Meter mit Bahnanschluß und Hafen

Robert **Haberling-Berlin** W 9

Schafwolle

kaufen jeden Posten für eigene Rechnung zu den gesetzlichen Höchstpreisen oder übernehmen für den Schafhalter kostenlose Vermittlung des Waschens u. der Ablieferung an die Kriegswollbedarfs-A.-G., Berlin, auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen

Lehmann, Sonnenberg & Co., Leipzig.

Großhandelsfirma des deutschen Wollhandels.

Telegramm-Adr.: Schafwolle. Fernspr. Nr. 3404.

Zinsfreier Vorschuß nach Eingang der Wollen in der Wäscherei. Gutes Strickgarn wird von uns gegen die zur Selbstverarbeitung freigegebene Menge Wolle geliefert. — Ortsbehördliche Bestätigung der Schafzahl ist beizubringen.

Meine fliegenden Druschkolonnen

stelle zur bevorstehenden Druschkampagne bei Leutemangel zur Verfügung. Kontrakte bitte abzufordern. Gewissenhafte Arbeit wird zugesichert.

Deutsches Druschbüro Pleismar

bei Klosterhäseler (Kr. Eckartsberga).

Die

Gemeinnützige Güter-Vermittlungsstelle

für die Provinz Sachsen in Halle an der Saale

Hagenstraße 2 Fernsprecher 5956

übernimmt den

Verkauf größerer und kleinerer Güter

und weist Güter, Bauerngüter, Handwerker- und Kleinstellen für Käufer kostenlos nach. 6500

Verkäufe

und Verpachtungen übernimmt

K. Rödel, Halle-Saale,

Landw. Sachverständiger, Poststr. 1.

Binde- und Pressengarn

prima Hanfware

billigst sofort ab Lager.

Norddeutsche Handels-Gesellschaft,

Geestemünde.

Schw. Spankörbe

in weiß in verschied. Größen hat abzugeben

Frl. Ida Persson

in Magdeburg-Neustadt, Weinberg 9.

— Preisliste gratis. —

Erbsenstroh

in Drahtballen.

Eiverge, E. G. m. b. H., Gr. Märkerstr. 5.

Ueberzählige hannoversche

Stute,

1.75 hoch, 7 Jahre alt, gutes Acker- u. Wagenpferd mit prima Stutfohlen, auch einzeln, u. kräftiges belgisches

Absatzstutfohlen

verkauft **Albert Franke,** Gutsbesitzer, Nietleben. Telefon 4301.

Ziegen-, Hasen- u. Kaninchenfelle, Roßhaare u. Wolle

kaufen zu Höchstpreisen

Gebr. Danglowitz,

Fischerplan 2. — Tel. 1178

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907162-19/fragment/page=0010